

Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021

WAHLNACHTBERICHT, ERSTE DEUTUNGEN UND HINTERGRÜNDE DES WAHLVERHALTENS

Übersicht vorläufiges amtliches Endergebnis						
	Verteilung der gültigen Stimmen			Mandate		
	2017	2021	+/-	2017	2021	+/-
LINKE	9,2 %	4,9 %	-4,3 %	69	39	-30
SPD	20,5 %	25,7 %	5,2 %	153	205	52
GRÜNE	8,9 %	14,8 %	5,9 %	67	116	49
CDU/CSU	32,9 %	24,1 %	-8,8 %	246	194	-52
FDP	10,7 %	11,5 %	0,8 %	80	91	11
AfD	12,6 %	10,3 %	-2,3 %	94	84	-10
Andere dar. SSW	5,0 %	8,7 % 0,1 %		0	0 1	
				709	730	
					Mandate lt. Infratest, 6:00	
Mobilisierung von Wählerinnen und Wähler						
	Stimmen absolut			Stimmen/Wahlberechtigte		
	2017	2021	+/-	2017	2021	+/-
Wahlberechtigte	61.688.485	61.168.234	-0,8 %			
Wähler/-innen	46.976.341	46.837.084	-0,3 %			
Wahlbeteiligung				76,2%	76,6%	0,4 %
Gültige Stimmen	46.515.492	46.417.797	-0,2 %			
LINKE	4.297.270	2.269.818	-47,2 %	7,0%	3,7%	-3,3 %
SPD	9.539.381	11.949.374	25,3 %	15,5%	19,5%	4,1 %
GRÜNE	4.158.400	6.847.712	64,7 %	6,7%	11,2%	4,5 %
CDU/CSU	15.317.344	11.173.562	-27,1 %	24,8%	18,3%	-6,6 %
FDP	4.999.449	5.316.560	6,3 %	8,1%	8,7%	0,6 %
AfD	5.878.115	4.802.003	-18,3 %	9,5%	7,9%	-1,7 %
Sonstige dar. SSW	2.325.533	4.058.768 53.330	74,5 %	3,8%	6,6%	2,9 %

INHALT

Der Wahlausgang - Erste Analyse und Deutungen	Seite 3
Wahlbeteiligung und Besonderheiten der Wahlentscheidung	
Zur Lage einzelner Parteien	
Das Wahlergebnis in den Bundesländern	
Politische Stimmungslage und Urteile über Parteien	Seite 12
Erkenntnisse aus wiederkehrenden Befragungen	
Erkenntnisse aus Vorwahlbefragungen	
Ergebnisse der Wahltagsbefragungen	
Kleine Aussicht	
Wahlverhalten und soziale Merkmale	Seite 20
Sozialstrukturelle Aspekte zum Wahlverhalten	Seite 22
Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung	
Klassenwahlverhalten	
Anhang	

Warteschlange, 70-80 Meter, vor Wahllokal 117 in Berlin-Karow, 26.9.2021, 11:26. Foto: privat.



Der Wahlausgang - erste Analyse und Deutungen

Mit der Wahl zum 20. Deutschen Bundestag enden sechzehn Jahre Kanzlerschaft von Angela Merkel. Sie verzichtete auf die Chance einer Wiederwahl. Zusammen mit ihrer Kanzlerschaft erreicht ein Umbruch im Parteiensystem in vorläufiges Ende: Nach der SPD kann mit der Union auch die letzte verbliebene Volkspartei alten Typs nicht mehr locker die 30%-Marke überspringen und die dominante Rolle in einer Regierung beanspruchen. Das Parteiensystem hat sich pluralisiert. Wie nach den Landtagswahlen zu erwarten hat sich mit der AfD eine antidemokratische Partei etabliert. Bis auf weiteres teilt sich das deutsche Parteiensystem in ein Lager demokratischer Parteien, welches einer Partei gegenübersteht, die die grundgesetzlichen Regeln zur Austragung politischer Interessenkonflikte immer wieder verlässt. Wie lange die »Brandmauer« gegen die Antidemokraten hält, liegt primär in der Hand der Union. Drittens endet mit der Kanzlerschaft Merkels eine Dekade der zögerlichen »Rückkehr des Staates«. In den verschiedenen Krisen seit 2008 agierte der Staat als rettende und schützende Instanz vor den (menschengemachten) Katastrophen des Marktes und der Natur. Seit der Corona-Krise liegt allgemein offen zu Tage, dass die öffentlichen Institutionen, der Staat selbst, sanierungs- und modernisierungsbedürftig ist. Die Zusammensetzung und das Programm der neuen Regierung werden darüber entscheiden (müssen), auf welchem Weg, mit welcher Methode die Transformation zum »grünen Kapitalismus« erfolgen soll: im vollen Vertrauen auf die »entfesselten« Kräfte des Marktes oder getrieben mit Investitionen und Regelwerken eines modernisierten demokratischen Staates. Der Wahlausgang zeigt, dass es in der Bevölkerung keinen eindeutig favorisierten Pfad gibt. Die Offenheit der politischen Situation geht zurück auf unterschiedliche allgemeine Stimmungslagen: der Wunsch nach einem Aufbruch, einem Neustart angesichts der in den letzten Jahren zutage getretenen Unzulänglichkeiten; der Wunsch nach Stabilität, Verlässlichkeit angesichts der erkennbaren (finanziellen, wirtschaftlichen) Risiken; dem Wunsch nach Normalität nach den Ausnahmejahren der Pandemie.

Voraussichtlich wird die nächste Bundesregierung aus drei (ohne die Union) oder vier Parteien (mit CDU und CSU) bestehen. Seitens des Kanzlerkandidaten der Union, Armin Laschet, wurde am Wahlabend bereits angedeutet, dass dabei neue Modelle etwa nach österreichischem Vorbild Bedeutung erlangen könnten, die den beteiligten Parteien den Freiraum lassen, jeweils eigene Anliegen zu umzusetzen. Das Ausmaß der Kompromissbildung würde dadurch verringert werden.

Nach dem Ende der Ära Merkel werden die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland neu gemischt. Die Transformation zu einem Mehrparteiensystem mit drei Parteien, die für 15%-25% gut sind und mehreren 5%-10% Parteien scheint abgeschlossen (womit nicht ausgeschlossen ist, dass neue Parteien dazu kommen, alte verschwinden). Die Flexibilität und Volatilität der Wählerinnen und Wähler nimmt weiter zu. Die kommende Regierung wird vor der großen Aufgabe stehen, in vier Jahren Dinge auf den Weg zu bringen, die massive Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse in 20 bis 30 Jahren und darüberhinaus haben werden. Auch wenn diese Aufgabe mutig angegangen würde, spricht nichts dafür, dass sich unter verschärften Transformationsbedingungen die politischen Kräfteverhältnisse stabilisieren werden. Wenn möglich ist die nächste Regierung nur eine Übergangsregierung.

Wahlbeteiligung und Besonderheiten der Wahlentscheidung

Die Wahlbeteiligung war leicht höher als 2017. Der offene Wahlausgang hat offensichtlich zur Teilnahme motiviert. Es scheint vor allem der SPD gelungen zu sein, Nichtwähler für sich zu mobilisieren. Vor einzelnen Wahllokalen kam es zu längeren Wartezeiten - trotz einer historisch hohen Quote an Briefwählern.

Besonderheiten der Wahlentscheidung. Die Umstände, unter denen die Wählerinnen und Wähler ihre Entscheidungen über die Zusammensetzung des Bundestages trafen, unterschieden sich in mancher Hinsicht von früheren Wahlen. Eine Besonderheit ergibt sich selbstredend aus der anhaltenden Pandemie und der Fortdauer der »Corona-Regeln«. Die Pandemie-Regeln haben Alltagsroutinen außer Kraft gesetzt und Vereinzelung gefördert. Nach der dritten Welle ist die Sehnsucht nach Stabilität und Sicherheit weit verbreitet, viele Menschen kümmern sich darum, Normalität zurückzugewinnen, ihren Alltag wieder zu

kontrollieren -und erlebten den Wahlkampf womöglich als »ein fernes und entrücktes Geschehen«, so Stephan Grünewald vom Rheingold-Institut.

Unter die Besonderheiten im engeren politischen Sinn sind zu zählen:

- Die Amtsinhaberin verzichtete auf eine Wiederwahl. Keine Kandidatin, kein Kandidat trat mit seinem »Amtsbonus« an, die übliche Konstellation »Titelverteidigerin gegen Herausforderer« fand nicht statt. Damit war klar: Zumindest personell würde es zu einem Neuanfang kommen. Die Wahlentscheidung war somit auch eine Entscheidung über die Frage, wie groß - personell wie inhaltlich - der Neuanfang sein sollte.
- Erstmals konkurrierten nicht zwei Personen um das Kanzleramt, sondern drei. Nur Annalena Baerbock agierte aus der Opposition heraus, die beiden anderen Kandidaten standen in der Tradition der seit acht Jahren regierenden CDU/CSU-SPD-Koalition.
- In den letzten Wochen vor dem Wahltermin lag keine Partei deutlich vorn. Erstmals seit 2002 und 2005 war nicht absehbar, wer gewinnen würde. Im Verlauf der Umfragen spiegelte sich eine Änderung im Parteiensystem: Statt einer Partei, die ein Drittel der Stimmen und mehr auf sich vereinigen kann konkurrieren drei Parteien, die jeweils für 15% bis 25% der Stimmen gut sind, um den Platz als stärkste Partei.
- Erstmals galt vor einem Wahltag eine Dreierkoalition statt der üblichen Zweierkoalition als das wahrscheinliche Format für eine Regierungsbildung. Vier Dreierkoalitionen, alle in den Länder bereits erprobt, standen im politischen Möglichkeitsraum. Gleichzeitig waren unterschiedliche Zweierkoalitionen nicht völlig außerhalb des Möglichen. Es war für Wählerinnen und Wähler, die ihre Entscheidung von möglichen Koalitionen abhängig machen, nicht kalkulierbar, welcher Konstellation die eigene Stimme nutzen oder schaden würde. Taktisches Wählen war in dieser neuen Unübersichtlichkeit kaum möglich.
- Mit der Vielzahl der Optionen veränderte sich der Charakter der Wahlentscheidung. Tatsächlich wurde über die Zusammensetzung des Bundestages, nicht über die kommende Regierung entschieden. Wer das Land regieren wird, werden die Parteien und Fraktionen entscheiden - müssen. Das verstärkt einen Aspekt der parlamentarischen Demokratie, den der Bundespräsident bereits nach der letzten Wahl herauszustellen sich genötigt sah: Die Parteien sind nach dem Wahltag in der Pflicht, eine Regierung zu bilden.

Zur Lage einzelner Parteien

CDU und CSU vor der endgültigen »Sozialdemokratisierung«?

Die Unionsparteien erzielten ein historisch schlechtes Ergebnis. Die CDU fällt unter 20% (18,9%), die CSU nähert sich der Sperrklausel (5,2%), insgesamt liegen sie erstmals seit 2002 wieder hinter der SPD. CDU/CSU traten nicht nur mit einem Kandidaten für das Kanzleramt an, der seine Partei nicht mitziehen konnte. Sie verloren in den vergangenen Monaten und Jahren auch erheblich an Kompetenzzuweisungen auf politisch für die eigene Wählerschaft bedeutsamen Feldern. Das Wahlergebnis liegt über dem Tiefpunkt in den Umfragen - wahrscheinlich liegt dies an der Mobilisierung der allen Stammwählerschaft mit dem Schrecken eines »Linksrutsches«. Diesen verhindert zu haben, sah die politische Führung der Partei am Wahlabend als den Wahlerfolg, den man erzielt habe. Übersehen (??) wurde dabei indes, dass für die parlamentarische Mehrheit gegen eine Linksregierung aus SPD, Grünen und Linken die Abgeordneten der AfD benötigt werden. Eine versteckte Botschaft des Wahlabends lautet daher auch: Wenn es gegen die Roten geht, würde die CDU auch mit der AfD kooperieren. Die Union hat die Thüringer »Kemmerich-Falle« offensichtlich weder aufgearbeitet noch nicht hinter sich gelassen.

Die Union kann den nächsten Kanzler stellen, wenn es ihr gelingt, mit Grünen und FDP Verabredungen für eine Regierung zu treffen. Der Wiedereinzug ins Kanzleramt ist auch notwendig, um die seit der letzten Bundestagswahl immer wieder offen ausgetragenen innerparteilichen Konflikte soweit unter Kontrolle zu halten, dass ein weiteres Auseinanderfallen der Partei zumindest aufgeschoben wird. In der Op-

positionsrolle wäre ein offen ausgetragen Konflikt um die zukünftige strategische Ausrichtung der Partei wohl unausweichlich.

In den zwei Jahren nach der Verzichtserklärung von Angela Merkel ereignete sich etwas Unerhörtes: der Union gelang es nicht, sich rechtzeitig um Kampf um die Macht hinter einem Kandidaten zu versammeln. Vielmehr zeigte sich, dass die Union eher aus mehreren »Parteien« besteht: der Laschet/Merkel-Partei, der Merz-Partei, der Söder-Partei, aus den ostdeutschen Landesverbänden, denen die AfD auf den Fersen sitzt - und dann gibt es da auch noch die Maaßen-Truppe. Die Kür von Laschet zum Kanzlerkandidaten folgte bereits einer innerparteiliche CDU-Machtlogik, nicht dem Kriterium der besten Aussichten auf Machterwerb. Dabei hätte die Union von etlichen Landtagswahlergebnissen gewarnt sein können, in denen sie sich ihrer alten Stammwählerschaft bereits nicht mehr sicher sein konnte.

Der Anteil der Person des Kanzlerkandidaten und seines Auftretens an dem schlechten Wahlergebnis sollte daher nicht zu hoch gehandelt werden: Im November und Dezember 2019 wurde die Union bei Infratest dimap in der Sonntagsfrage mit 25% gehandelt. Erst das Merkel'sche Krisenmanagement in der Pandemie hievte die Union wieder auf 38%-40% in den Sonntagsfragen. Es war ein letztes Merkel-Umfragehoch. Die strukturelle Bindung vieler Wählerinnen und Wähler an die Union war bereits vorher verloren gegangen. Dass die Union wie die SPD ihrem Ende als »Volkspartei alten Typs« entgegengeht, davon zeugten bereits die innerparteilichen Kämpfe um die Nachfolge Merkels.

SPD - kann doch noch gewinnen

Die SPD ist die Siegerin dieser Bundestagswahl. Olaf Scholz kann angesichts des großen Anteils seiner Person an diesem Erfolg die Kanzlerschaft für sich beanspruchen und versuchen, eine Regierungsmehrheit zu finden. Auffallend an dem Wahlerfolg ist - gegenüber den drei vorhergehenden Wahlen - der lange Atem und die Geschlossenheit, mit die SPD ihre Wahlstrategie umgesetzt hat.

In den ostdeutschen Flächenländern liegt die SPD deutlich vor der CDU. In Brandenburg erzielt sie mit 29,5% ihr bestes Ergebnis. In Thüringen wird sie mit 23,4% und in Sachsen mit 19,3% nur zweitstärkste Partei hinter der AfD.

Die SPD hatte früh eine erkennbar offensive Wahlstrategie, die sie gegen alle Unkenrufe und Spötteleien beibehalten hat. Als vor gut einem Jahr Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten ausgerufen wurde, lag die SPD weit abgeschlagen hinter der Union und den Grünen. Vielfach wurde gefragt: Wozu braucht die Partei einen Kandidaten fürs Kanzleramt - außer für das innerparteiliche Ego? Mit wem hätte er, nach der damaligen Umfragelage, eine Regierung bilden können? Doch die SPD hatte als einzige Partei frühzeitig verstanden, was der Amtsverzicht von Angela Merkel bedeuten würde. Das Kalkül: »Wenn die SPD zulegen und tatsächlich ins Kanzleramt kommen will, muss sie Wählerinnen und Wähler gewinnen, die Scholz statt CDU wählen. Bei den „Esken“- und „Kühnert“-Wähler*innen ist nicht mehr viel Luft nach oben. (...) Mehr Stimmen von der umfragestarken CDU zu holen als die Grünen, um die „führende Kraft im progressiven Lager“ zu bleiben. (...) Tritt die Union mit einem Kandidaten an, der über keinen Amtsbonus verfügt und deutlich schlechtere Persönlichkeitswerte aufweist als Markus Söder, könnte die SPD mit Scholz einen Amts- und Vertrauensbonus generieren. In einem Wahlkampf, der von der Corona-Pandemie und ihren Folgen geprägt sein dürfte, könnte Scholz als der verbliebene Krisenmanager womöglich wie einst Angela Merkel „*Sie kennen mich*“ plakatieren lassen.«¹ Dass zur Wahlkampfzeit noch weitere Krisen - Flutkatastrophe, Brände, Afghanistan-Rückzug - virulent waren, dürfte den Schwung des »Quasi-Amtesinhabers« noch verstärkt haben. Inhaltlich setzte Olaf Scholz darauf, sozialdemokratische Merkel-Wählerinnen und Wähler mit drei Themen zurückgewinnen zu können, die sowohl konkret ausgestaltet waren als auch als Projektionsfläche dienen konnten: »Respekt« und »Würde« für hart arbeitende Menschen, deutliche Mindestlohn-Erhöhung; moderate Steuererhöhungen für Menschen, die »so gut verdienen wie ich oder noch mehr«; klimafreundliche Industriepolitik mit der Energieversorgung als Hebel. Was ein sozialdemokratischer Kanzler in welcher politischen Konstellation bewirken kann, wofür Olaf Scholz am Ende »wirklich« steht,

¹ Horst Kahrs: Die SPD, ihr Kanzlerkandidat und die Macht, Luxemburg-online, September 2020 - <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/kanzlerkandidat-ohne-mehrheit/>

darüber lässt sich trefflich streiten. Unstrittig indes dürfte sein, dass er es geschafft hat, der SPD das zu verschaffen, was eine Partei nach einer langen Phase des Niedergangs am dringendsten braucht: das Image, gewinnen und wieder strategische Entscheidungen treffen zu können. Wie lange diese Geschlossenheit über den Wahltag hinaus reicht, wird sich bereits in den Sondierungsgesprächen erweisen.

Grüne erfolgreich unter den Erwartungen

Die Grünen können einen historischen Wahlerfolg, ihr bestes Ergebnis bei Bundestagswahlen, feiern. Sie bleiben aber deutlich unter den Erwartungen, die bis zum Frühsommer von guten Umfragewerten genährt wurden. Aller Voraussicht nach werden sie an der nächsten Bundesregierung beteiligt sein - und es dann womöglich mit einem Finanzminister Lindner zu tun bekommen, der sich nicht nur der »schwarzen Null« ohne Steuererhöhungen verschrieben hat, sondern auch ein entgegengesetztes Staatsverständnis besitzt.

Lange Zeit befanden sich die Grünen in einem fatalen Umfragehoch: Nicht um Platz eins und das Kanzleramt zu kämpfen, wäre als politische Kleinmütigkeit verstanden worden und hätte Zustimmung gekostet. Gleichzeitig lehrte die Erfahrung: Je näher der Tag der Wahlentscheidung rückte, desto gewichtiger wurde auch die Frage bei den Wählenden, ob man sich wirklich darauf einlassen will, dass und wie die Grünen das Land umkrempeln wollen. Die Grünen mit dem Image der Umwelt- und Klimapartei waren schon mehrmals gut für die politische Stimmungslage, doch wenn es zum Schwur kommen sollte, schwand die Zustimmung dahin. Glaubt man den Umfragen, sind es nicht die jüngeren, sondern die älteren Wählerinnen und Wähler, die sich dann doch eher für die gemächlichere Transformation zum grünen Kapitalismus mit CDU oder SPD entscheiden. Der Absturz der Grünen hat wenig mit dem persönlichen Auftritt von Annalena Baerbock zu tun, erfolgt einem älteren Muster: Die Grünen sind die Partei, die bei der Transformation der Gesellschaft zu einer nachhaltigen Produktions- und Konsumweise historisch auf das individuelle Veränderungspotential, auf das Potential der Einzelnen gesetzt haben. Ihre Wurzeln liegen in der westdeutschen Alternativ-Bewegung und deren Credo: Veränderung beginnt bei dir. Die Alternativökonomie bildete daher auch das soziale Rückgrat der frühen grünen Milieus. Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) schuf Anreize, durch eigene Verhaltensänderung - Photovoltaik aufs eigene Dach - aktiver Teil des nachhaltigen Projekts zu werden. Aber angesichts der Dringlichkeit klimapolitischer Eingriffe reicht das bei weitem nicht. Die Grünen scheitern nicht am Unwillen zur Veränderung, sondern an der Überforderung der einzelnen Bürgerinnen und Bürger - was gerne als Etikett »Verbots-/Erziehungspartei« gegen sie gewendet wird.

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung erscheint in Umfragen zum Umweltbewusstsein, zum politischen Themen wie Klima, Umwelt, Nachhaltigkeit als veränderungsbereit - in unterschiedlichen Maßen zweifellos. Doch was viele überfordert und stört, ist das Gefühl, als Verbraucher und Bürgerin allein für die Vermeidung der Klimakatastrophe verantwortlich sein zu sollen. Parteiübergreifend war ja in den vergangenen, von neoliberalen Deutungen inspirierten Dekaden in vielen gesellschaftlichen Bereichen von der Eigenverantwortung die Rede. Die Sorge, von grüner Politik in eine solche Überforderungsspirale gedrückt zu werden, lässt viele, deren politische Stimmungslage durchaus klimafreundlich und grün ist, bei der Entscheidung doch das Kreuz an anderer Stelle machen. Die Grünen werden erst dann reale Chancen auf das Kanzleramt haben, wenn ihnen ein Imagewandel gelingt, hin zu einer Partei, die zeitig für gesellschaftliche Institutionen und Strukturen sorgt, die es dem einzelnen Bürger und der einzelnen Verbraucherin erleichtern (ermöglichen), zu angemessenen Bedingungen ihre Lebensweise umzustellen, klimafreundlich zu handeln.

Die Linke braucht mehr als einen Neustart

Die Linke erlebte einen bitteren Wahlabend mit einem katastrophalen Ergebnis. Weit entfernt vom Wahlziel der Zweistelligkeit und des Rückenwindes für eine Regierungsbeteiligung scheitert sie mit 4,9% an der Sperrklausel. Sie verliert über 2 Millionen Stimmen, fast die Hälfte ihrer Stimmen von 2017. Wiederum etwa die Hälfte der verlorenen Stimmen ging an die beiden Wunschkoalitionspartner SPD und Grüne, so die vorläufigen Schätzungen von Infratest dimap.

Da die Partei aber in Leipzig (Sören Pellmann) und Berlin (Gesine Lötzsch, Gregor Gysi) drei Direktmandate verteidigen kann, zieht sie über die Grundmandatsklausel mit einer Gruppe und vermutlich eingeschränkten parlamentarischen Rechten doch noch in den Bundestag ein. Der absolute worst case konnte so gerade noch vermieden werden.

In den fünf ostdeutschen Flächenländern erreicht die Linke nur noch in Thüringen (11,4%) und in Mecklenburg-Vorpommern mit 11,1% ein zweistelliges Ergebnis. In Brandenburg liegt sie mit 8,5% sogar hinter den Grünen (9,0%). Im Durchschnitt aller fünf Ländern reicht es nur noch für 9,8%.

Harte innerparteiliche Kämpfe um die zukünftige Ausrichtung der Partei sind absehbar, blockierte innerparteiliche Konflikte harren der Auflösung. Vordergründig können taktische Schwächen als Gründe für das Wahlergebnis ins Feld geführt werden. Die Orientierung, die »CDU aus der Regierung zu wählen«, richtete sich in dem Moment gegen die Urheber, als sich auch Mehrheiten mit der FDP oder auch von SPD und Grünen ohne die Union abzeichneten. Darauf folgte dann »Linke statt Lindner« als Partner für SPD und Grüne - die Umfragen gaben es aber nicht her, dass die Linke die FDP noch überholen und eine Mehrheit für SPD/Grüne/FDP verhindern könnte. Das »Sofortprogramm« stellte erkennbar die Anliegen heraus, die von SPD und Grünen in hohem Maße geteilt werden würden. Doch warum sollte sich eine ostdeutsche Wählerin für die Forderung der Linken nach einem Mindestlohn von 13 Euro entscheiden, wenn ihr bereits die 12 Euro, die Olaf Scholz versprach, eine Erhöhung um mehr als 25% bringen würde? Schließlich zeigte sich, dass Partei und Fraktion auf das angestrebte Ziel einer Regierungsbeteiligung alles andere als vorbereitet waren: Bei der »Afghanistan«-Abstimmung folgte das Votum des Parteivorstandes die mehrheitliche Enthaltung der Fraktion dem, was innerparteilich noch gerade möglich erschien, wofür die Außenwirkung in Kauf genommen wurde, dass die Linke (aus ideologischen/identitätspolitischen Gründen) nicht zustimmen würde, bedrohte Menschen vor den Taliban aus Kabul zu evakuieren. Die Signalwirkung reichte noch weiter: Musste sich nicht die Krankenpflegerin, der die Linke höheres Gehalt versprach, die Frage stellen, ob dieses Anliegen im Zweifel nicht auch der innerparteilichen Identitätspolitik geopfert werden würde? Das offensive Werben für eine Regierungsbeteiligung mit dem Argument, dass die Menschen, die die Linke vertreten will, die Verbesserungen »jetzt« brauchen und nicht erst in weiter Ferne nach einem Systemwechsel, wurde ordentlich untergraben.

Tatsächlich sind diese wahltaktischen Schwächen nur die Folge tiefergehender Probleme und anhaltender strategischer Schwächen. Wie die CDU konnte auch die Linkspartei ihren Führungswechsel pandemiebedingt nicht rechtzeitig vor dem Wahltermin herbeiführen. So blieb der neuen Parteiführung kaum Zeit, noch eigene positive Akzente in Inhalt und Auftritt zu setzen und damit als Unterschied bekannt zu werden. Gleichzeitig wurde dank des im April erschienenen neuen Buches von Sahra Wagenknecht die innere Zerstrittenheit der Partei über den künftigen Weg in die öffentliche und innerparteiliche Aufmerksamkeit geholt. Die Wahlniederlagen in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg verhießen für die Bundestagswahl nichts Gutes, sondern offenbarten ebenfalls das Dilemma der Partei. Von der SPD waren (seit 2012) keine Wählerzuströme mehr zu erwarten, die Versuche, Wählerinnen der Grünen mit »konsequenteren« klimapolitischen Forderungen zu überzeugen, die Linke zu wählen, schienen ebenfalls wenig gewinnbringend, mit Blick auf die Bundestagswahl angesichts zugleich drohender Verluste an anderer Stelle sogar gefährlich. Vorübergehende Gewinne in den »jungen urbanen Milieus« erwiesen sich als prekär, weil angesichts der »Wagenknecht-Debatten« unklar blieb: Wer spricht für die Partei? Angesichts der Altersstruktur der eigenen Anhängerschaft (und der gesamten Wählerschaft) war dieser Zuspruch allerdings eher ein Versprechen für die Zukunft, nicht aber eine Garantie für die Gegenwart - ohne die älteren Wählerinnen und Wähler waren Wahlen nicht zu gewinnen.

Da angesichts der innerparteilichen Blockade-Situation zwischen drei »Lagern« ein Schritt nach vorn ausgeschlossen war, konzentrierte sich der Wahlkampf auf das alle Strömungen integrierende sozialpolitische Stammgeschäft interessenspolitischer Forderungen sozialer Gerechtigkeit. Lange Zeit bewegte sich die Partei damit außerhalb des politischen Spielfeldes. Erst durch die steigenden Umfragewerte der SPD rückte die rechnerische Möglichkeit einer rot-grün-roten Regierung wieder in den Bereich des vielleicht Möglichen. Es war dann Armin Laschet, es war nicht die Stärke der Linken, sondern die Schwäche der Union der im ersten »Triell« mit seiner Kampfansage gegen den »Linksrutsch« die Partei zurück auf das Spielfeld holte.

Seit 2012, seit dem politisch fahrlässigen Auflaufen-Lassen der Minderheitsregierung von Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen und dem anschließende Scheitern bei der Neuwahl des Landtages, steht die Linke vor der Aufgabe, eine Strategie zu entwickeln, die diesen Namen verdient. Strategien sind auf mindestens mittelfristige Zeithorizonte, mehr als eine Legislaturperiode gerichtet. Sie beinhalten - methodisch und formal - die dauerhaften programmatischen Wahlversprechen zu allgemeinen, normativen politischen Grundsätzen, sie enthalten Antworten auf Fragen, welche Rolle die Stimmenmaximierung und/oder die politische Verhandlungsmacht spielen soll, mit welchen Wahlversprechen im politischen Beziehungsfeld mit anderen (konkurrierenden) Parteien erreicht werden sollen. An solchen Überlegungen fehlt es in der Partei vermutlich nicht, im Gegenteil. Es fehlt aber in einem strategischen Zentrum, welches die tonangebenden Parteiaktiven hinter einer Strategie versammeln könnten, um überhaupt in die Lage zu kommen, über einen längeren Zeitraum die Wähler und Wählerinnen davon zu überzeugen, den programmatischen Signalen Glaubwürdigkeit beizumessen.² Diese Aufgabe wird die Parteiführung in den kommenden zwei Jahren bewältigen müssen: die »Fehler in den letzten Jahren« erkennen und aufarbeiten und »die Partei neu entwickeln« (Susanne Hennig-Wellsow am Wahlabend). Zu den Fehlern und Versäumnisse zählt zweifellos, dass die Partei kein strategisches Ziel und kein Selbstverständnis entwickelte, als der Wählerzustrom von der Sozialdemokratie versiegt war. Welche Gerechtigkeitsvorstellungen, welche gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen tragen den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts? Mit welchem demokratischen Staatsverständnis geht die Partei in den Konkurrenzkampf innerhalb des demokratischen Parteienlagers? Was sollten angesichts der sozial-ökologischen und digitalen Transformation die Grundlagen des Sozialstaates, seiner Finanzierung, einer politischen Ökonomie der Arbeitskraft sein? Wie sehen demokratische Sozialistinnen die Rolle Deutschlands In der Welt, wie kann internationale Kooperation bei den großen planetarischen Fragen möglich werden. Wen will die Linke erreichen und vertreten: die Einkommensschwachen und Niedriglöhnerinnen, die bei der Wohlstandsverteilung zu kurz kommen - und auch, ganz im Marx'schen Sinne diejenigen, die an vorderster Front an der Weiterentwicklung der modernen Produktivkräfte, von Wissenschaft und Technologie arbeiten, um ihre Arbeit für das Wohlergehen der gesamten Menschheit nutzbar zu machen?³ Die Antworten hier, die Antworten da ergeben kein schlüssiges Narrativ der Partei: Wohin sie will, was sie mit der Gesellschaft vor hat. Wenn ein solches Narrativ fehlt, bleibt eine Partei in der Durchsetzungsfalle stecken, die sich erschließt, wenn man mal kurz in den Schuhen eines 50jährigen ehemaligen Opelarbeiters oder eine Krankenpflegerin oder ... durch die politische Landschaft läuft: 2009 die Linke gewählt, 2013 die Linke gewählt, auch 2017 vielleicht noch mal - und was hat es für die Verbesserung meiner eigenen Lage, um die es der Linken ja geht, gebracht? Es gibt aus dieser Perspektive genügend andere Gründe die Linke zu verlassen als deren angeblichen Kosmopolitismus und Schwenk zum linken Lifestyle...

Die FDP - dieses Mal lieber falsch als gar nicht?

Die FDP zieht mit einem guten zweistelligen Ergebnis in den neuen Bundestag ein. Wieder verdankt sie es einem Christian-Lindner-Wahlkampf. Auffällig ist, dass sie vor allem von jungen (männlichen) Wählern erhebliche Kompetenz in der »Digitalisierung« zugeschrieben bekommt. Gleichzeitig hat sich in den ver-

² Siehe Herbert Kitschelt/Silja Häusermann: Der Weg zu einer Transformation der Linken. Eine mögliche sozialdemokratische Parteistrategie, Berlin, Mai 2021.

³ An dieser Stelle sei eine weitere Abschweifung gestattet: Unter Linken wird ja gerne die 11. Feuerbachthese zitiert, zuweilen mit einer gewissen Feindschaft gegen die »Interpretation« der Gesellschaft durch Philosophen verbunden. Für meinen Teil scheint mir heute die 10. Feuerbachthese zeitgemäßer: »Der Standpunkt des alten Materialismus ist die bürgerliche Gesellschaft, der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft oder die gesellschaftliche Menschheit.«

gangenen Jahren ein kleiner sozialliberaler »Flügel« herausgebildet, als Gegenpol zu einem Staats- und Freiheitsverständnis, mit dem Christian Lindner wirbt: der Staat als bürokratisches Monster, welches es zu beschneiden und zähmen gilt; Freiheit ist, wenn es möglichst wenig Regeln gibt, an die ich mich halten muss - also ein mächtiger Ausfallschritt in richtig libertäre Staatsfeindschaft. Für die FDP gilt wie für die Grünen: Sie werden es wohl noch mal miteinander versuchen müssen...

Die FDP führte wie 2017 einen Christian-Lindner-Wahlkampf. Wie bei keiner anderen Partei sind Person und Programm scheinbar eins. Der FDP gelang es, sich als moderate bürgerrechtliche Kritikerin der Corona-Maßnahmen zu inszenieren. Sie wandelte dabei auf einem schmalen Grad zwischen liberal-demokratischen Bürgerrechts-Positionen und libertärer Staatsverachtung, der jegliche Staatsaktivität als Bedrohung der Freiheiten des Markt-Cowboys gilt. Vor allem aber profitierte die Lindner-FDP von der Schwäche der Union und der Stärke der SPD: Die Union erschien nicht mehr stark genug, um in einem Zweierbündnis (mit den Grünen) den Kanzler zu stellen, und die SPD wurde in den Umfragen stark genug, um in einem Dreierbündnis den Kanzler stellen zu können. In beiden Fällen käme der FDP eine zentrale Rolle zu: Sie könnte zusammen mit den Grünen Armin Laschet zum Kanzler machen. Und sie könnte zusammen mit den Grünen eine »Linksregierung« unter Olaf Scholz verhindern. Mehr Bedeutung vor der Wahlentscheidung war lange nicht für die Partei des Marktes mit neuerdings kleineren sozialliberalen Anwendungen. Christian Lindner befeuerte diese Bedeutung mit seinen demonstrativen Ambitionen auf das Amt des Finanzministers. 2021 gilt: Lieber schlecht regieren als gar nicht.

Die AfD - schon eine Partei mit »Milieu«?

Mit geringen Verlusten zieht die AfD zum zweiten Mal in den Deutschen Bundestag ein. Sie wird voraussichtlich nicht mehr die größte Oppositionsfraktion stellen (es sei denn, SPD und CDU koalieren erneut). In Thüringen wird die Höcke-AfD mit 24,0% (und 5 Direktmandate) und in Sachsen mit 24,6% der Zweitstimmen (und 10 Direktmandaten) zur stärksten Partei. In den anderen drei ostdeutschen Flächenländern erreicht sie 18% bis 19,6%.

Das Ergebnis der AfD zeigt im Zusammenspiel mit den Landtagswahlergebnissen, die allesamt zu einem - mit nur leicht geschwächten - Wiedereinzug in die Parlamente führten, dass die Partei sich im Parteiensystem festsetzt und es ihr gelungen ist, eine Stammwählerschaft aufzubauen. Diese Stammwählerschaft scheint in vielen Regionen des Landes mit der Herausbildung eigener politischer Milieus verbunden zu sein, die sich unter Abschottung vom gesellschaftlichen Informationsfluss und der öffentlichen Debatte eigene Informationskanäle, Gewissheiten und Wirklichkeiten schaffen. Im Wahlkampf wurde von den Spitzenleuten immer wieder - gegen besseres Wissen - behauptet, die Corona-Maßnahmen verstießen gegen das Grundgesetz. In der Regel wird als Beleg immer auf einen Artikel des Grundgesetzes verwiesen, das abwägende Geflecht verschiedener Artikel aber gelegnet. Wenn die herrschende Politik gegen das Grundgesetz verstoßen soll, liegt der nächste gedankliche Schritt, dass Diktatoren die Macht ergriffen hätten und es damit ein Widerstandsrecht gäbe, ziemlich nahe. Die AfD hat ihre eigentlichen Ziele, weiter von der Union Wähler zu gewinnen nicht erreicht. Nach der Bundestagswahl wird die Partei über ihren weiteren Weg entscheiden: Transformation zu einer parlamentarischen Partei, die Teil eines konservativen Blocks werden will, oder weiter als Bewegungspartei jeden aufkommenden Protest gegen staatliche Politik als Gelegenheit zur Radikalisierung und Demokratiefeindschaft nutzen.

Sonstige Parteien

Der SSW erhält aufgrund seines Status als dänische Minderheitspartei einen Sitz im Bundestag. Alle anderen Parteien scheitern an der Sperrklausel. Die Freien Wähler erhalten für sie eher enttäuschende 2,4%, die Tierschutzpartei 1,5% und die »Querdenker«-Partei »dieBasis« landet mit 628.432 Stimmen bei 1,4%. Insgesamt entfallen auf diese Parteien 8,6% der Zweitstimmen, die nicht im Parlament vertreten sein werden.

Das Wahlergebnis in den Bundesländern

Anteil der Zweitstimmen an allen gültigen Zweitstimmen (vorl. Endergebnis)							
	LINKE	SPD	GRÜNE	UNION	FDP	AfD	Andere
SH	3,6 %	28,0 %	18,3 %	22,0 %	12,5 %	6,8 %	8,7 %
NDS	3,3 %	33,1 %	16,1 %	24,2 %	10,5 %	7,4 %	5,4 %
NRW	3,7 %	29,1 %	16,1 %	26,0 %	11,4 %	7,3 %	6,5 %
HE	4,3 %	27,6 %	15,8 %	22,8 %	12,8 %	8,8 %	7,9 %
RLP	3,3 %	29,4 %	12,6 %	24,7 %	11,7 %	9,2 %	9,2 %
SL	7,2 %	37,3 %	0,0 %	23,6 %	11,5 %	10,0 %	10,5 %
BW	3,3 %	21,6 %	17,2 %	24,8 %	15,3 %	9,6 %	8,2 %
BY	2,8 %	18,0 %	14,1 %	31,7 %	10,5 %	9,0 %	13,9 %
HH	6,7 %	29,7 %	24,9 %	15,5 %	11,4 %	5,0 %	6,8 %
HB	7,7 %	31,5 %	20,8 %	17,2 %	9,3 %	6,9 %	6,5 %
BE	11,4 %	23,5 %	22,4 %	15,9 %	9,1 %	8,4 %	9,4 %
MV	11,1 %	29,1 %	7,8 %	17,4 %	8,2 %	18,0 %	8,4 %
BB	8,5 %	29,5 %	9,0 %	15,3 %	9,3 %	18,1 %	10,3 %
ST	9,6 %	25,4 %	6,5 %	21,0 %	9,5 %	19,6 %	8,4 %
SN	9,3 %	19,3 %	8,6 %	17,2 %	11,0 %	24,6 %	9,9 %
TH	11,4 %	23,4 %	6,6 %	16,9 %	9,0 %	24,0 %	8,7 %
Bund	4,9 %	25,7 %	14,8 %	24,1 %	11,5 %	10,3 %	8,7 %
Ost-Länder	9,8 %	24,3 %	7,9 %	17,4 %	9,7 %	21,5 %	9,4 %
West-Länder	3,5 %	26,0 %	15,4 %	26,2 %	12,0 %	8,3 %	8,7 %
Stadtstaaten	9,6 %	26,3 %	23,0 %	15,9 %	9,8 %	7,2 %	8,3 %

Außer in Baden-Württemberg und Bayern liegt die SPD in allen Ländern vor der Union, zum Teil sehr deutlich. Die AfD wird im Westen nur im Saarland zweistellig.

Veränderung Zweitstimmen-Anteil BTW21 zu BTW17							
	LINKE	SPD	GRÜNE	UNION	FDP	AfD	Andere
SH	-3,6 %	4,7 %	6,4 %	-12,0 %	-0,2 %	-1,4 %	6,1 %
NDS	-3,7 %	5,7 %	7,4 %	-10,8 %	1,2 %	-1,7 %	1,8 %
NRW	-3,8 %	3,2 %	8,5 %	-6,7 %	-1,7 %	-2,2 %	2,6 %
HE	-3,8 %	4,0 %	6,1 %	-8,0 %	1,2 %	-3,1 %	3,5 %
RLP	-3,6 %	5,2 %	5,0 %	-11,2 %	1,3 %	-2,0 %	3,3 %
SL	-5,7 %	10,1 %	-6,0 %	-8,8 %	3,9 %	0,0 %	6,6 %
BW	-3,0 %	5,3 %	3,7 %	-9,6 %	2,5 %	-2,6 %	3,7 %
BY	-3,3 %	2,7 %	4,3 %	-7,1 %	0,4 %	-3,4 %	6,4 %
HH	-5,5 %	6,2 %	11,0 %	-11,8 %	0,6 %	-2,8 %	2,3 %
HB	-5,7 %	4,7 %	9,8 %	-7,9 %	-0,1 %	-3,1 %	2,2 %
BE	-7,3 %	5,6 %	9,8 %	-6,8 %	0,1 %	-3,6 %	2,3 %
MV	-6,8 %	14,0 %	3,6 %	-15,7 %	2,0 %	-0,6 %	3,5 %
BB	-8,7 %	11,9 %	4,0 %	-11,4 %	2,2 %	-2,1 %	4,0 %
ST	-8,1 %	10,2 %	2,8 %	-9,3 %	1,7 %	0,0 %	2,7 %
SN	-6,7 %	8,7 %	4,0 %	-9,7 %	2,8 %	-2,4 %	3,2 %
TH	-5,4 %	10,2 %	2,5 %	-11,9 %	1,2 %	1,3 %	2,2 %
Bund	-4,3 %	5,2 %	5,8 %	-8,9 %	0,7 %	-2,3 %	3,7 %

Die Verluste für die Union sind dramatisch. Die CDU erreicht nur noch 18,9%, die CSU 5,2%. Ihre Verluste sind in Ost und West gleichermaßen hoch, selbst in Nordrhein-Westfalen, dem Stammland des Kanzlerkandidaten.

Die Linke hat ihre größten Verluste in den ostdeutschen Flächenländern, im Saarland und in den drei Stadtstaaten. Während sie in Mecklenburg-Vorpommern bei der Bundestagswahl besser abschneidet als bei der Landtagswahl, verhält es sich in Berlin umgekehrt. Hier liegt sie bei der Abgeordnetenhauswahl etwa 3 Prozentpunkte über dem Bundestags-Ergebnis, was für eine stärkere landespolitische Verankerung spricht.

Insgesamt ist der Rückhalt der Partei beängstigend geschrumpft. Im Durchschnitt erreicht sie in den westdeutschen Flächenländern nur noch 3,5%, der Abstieg in die Liga der Kleinstparteien rückt bedrohlich nahe. Deutlich wird diese Schwäche auch, wenn man die erzielten Zweitstimmen ins Verhältnis zu allen Wahlberechtigten setzt. So lässt sich der Rückhalt in der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung abbilden.

DIE LINKE 2005-2021: Zweitstimmen/Wahlberechtigte					
Land	BTW05	BTW09	BTW13	BTW17	BTW21
SH	3,6 %	5,7 %	3,7 %	5,5 %	2,8 %
NDS	3,4 %	6,2 %	3,7 %	5,3 %	2,4 %
NRW	4,0 %	5,9 %	4,4 %	5,6 %	2,8 %
HE	4,1 %	6,2 %	4,3 %	6,2 %	3,3 %
RLP	4,3 %	6,6 %	3,9 %	5,2 %	2,5 %
SL	14,3 %	15,3 %	7,0 %	9,7 %	5,4 %
BW	2,9 %	5,1 %	3,5 %	4,9 %	2,6 %
BY	2,7 %	4,6 %	2,6 %	4,7 %	2,2 %
HH	4,8 %	7,9 %	6,1 %	9,2 %	5,2 %
HB	6,3 %	9,9 %	6,9 %	9,5 %	5,5 %
BE	12,4 %	14,1 %	13,2 %	14,0 %	8,5 %
MV	16,5 %	18,0 %	13,8 %	12,5 %	7,7 %
BB	19,6 %	18,6 %	15,1 %	12,5 %	6,3 %
ST	18,5 %	19,2 %	14,6 %	11,9 %	6,4 %
SN	17,0 %	15,7 %	13,7 %	12,0 %	7,1 %
TH	19,3 %	18,5 %	15,7 %	12,3 %	8,5 %
Bund	6,7 %	8,3 %	6,1 %	7,0 %	3,7 %
Ost-Länder	18,1 %	17,7 %	14,5 %	12,2 %	7,1 %
West-Länder	3,7 %	5,8 %	3,8 %	5,4 %	2,7 %
Stadtstaaten	9,5 %	11,8 %	10,3 %	12,1 %	7,1 %

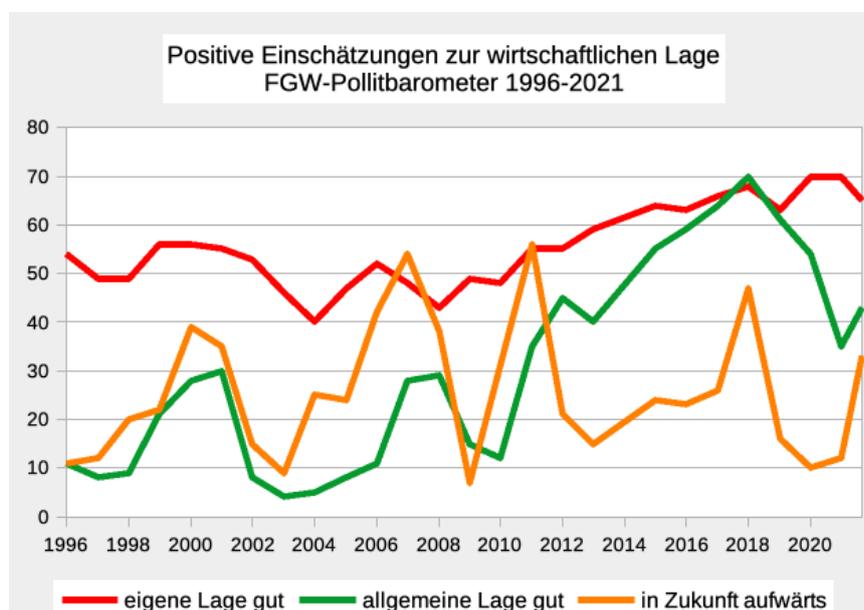
Politische Stimmungslage und Urteile über Parteien

(1) Die Pandemie und menschengemachte Naturkatastrophen wie Flutwellen nach Starkregen, wie Hitzewellen und großflächige verheerende Brände, Folgen des Klimawandels, haben vermeintliche Sicherheiten des Alltags erschüttert. Sie fallen zusammen mit Ereignissen, die in komplexen, unübersichtlichen globalen Zusammenhängen stattfinden: Flüchtlingswellen, Havarien auf zentralen Wasserstraßen des Welthandels, Geburtswehen einer neuen Weltordnung. Das Bewusstsein, dass die Zukunft weitere nicht erwartete Überraschungen bereithalten könnte, wächst wieder und damit auch das Bedürfnis nach Orientierung in komplexen und unübersichtlichen Lagen. Die Methode des Regierens, ob ein Ministerpräsident, eine Kanzlerin »Krisen kann«, ob er oder sie durch diese bewegten Zeiten, die absehbar weitere Umbrüche in Arbeitswelt, Gesellschaft und Politik bereithält, führen kann - die personifizierte Regierungskunst - solche Perspektiven auf Kandidatinnen und Kandidaten erhalten wachsende Bedeutung.

(2) Die zeitgenössischen Debatten der vergangenen Jahre wurden immer stärker von identitätspolitischen Konflikten geprägt: Gendersternchen, »cancel culture« und »wokeness«, neue Sprachregelungen und moralisierende Auseinandersetzungen um Nachhaltigkeit und Konsumweisen. Hierbei handelt es sich nicht um Debatten, die vom »Rand« in die »Mitte« der Gesellschaft getragen werden. Vielmehr spiegeln sie harte Konflikte in dieser sozialen Mitte selbst. Die politisch-kulturelle Dynamik geht von dieser Mitte aus. Hier finden die Debatten um die Grenzverläufe zwischen dem Erhalt der bestehenden Routinen und Ordnungsmuster einerseits und der Etablierung von Alternativen, neuen gesellschaftlichen Normen und wirtschaftlichen Pfaden statt. Die teilweise Verhärtung deutet an: Die Mitte ist nicht mehr umkämpft, sie spaltet sich. Die Systemkritiker (der AfD) kommen nicht vom Rand der Gesellschaft, sondern aus den Milieus und Schichten, die einmal als soziale und politische »Mitte« die stabilen Pfeiler der gesellschaftlichen Ordnung bildeten. Auch wenn die einen CDU und die anderen SPD wählten, so teilten so doch gemeinsame Lebenswelten, nun aber sieht ein Teil seine Lebenswelt durch die anderen bedroht und entwertet. Die Treiber der gesellschaftlichen Transformation unter den Stichworten »Diversität«, »Nachhaltigkeit« und »grüner Kapitalismus« kommen indes ebenfalls aus dieser gesellschaftlichen Mitte, nicht aus den arbeitenden Klassen bzw. der unteren Einkommenshälfte.

Neutraler formuliert: Es hat in der vergangenen Dekade eine Pluralisierung von sozialen Lebenslagen, Modellen der Lebensführung und der medial vermittelten Öffentlichkeiten stattgefunden.

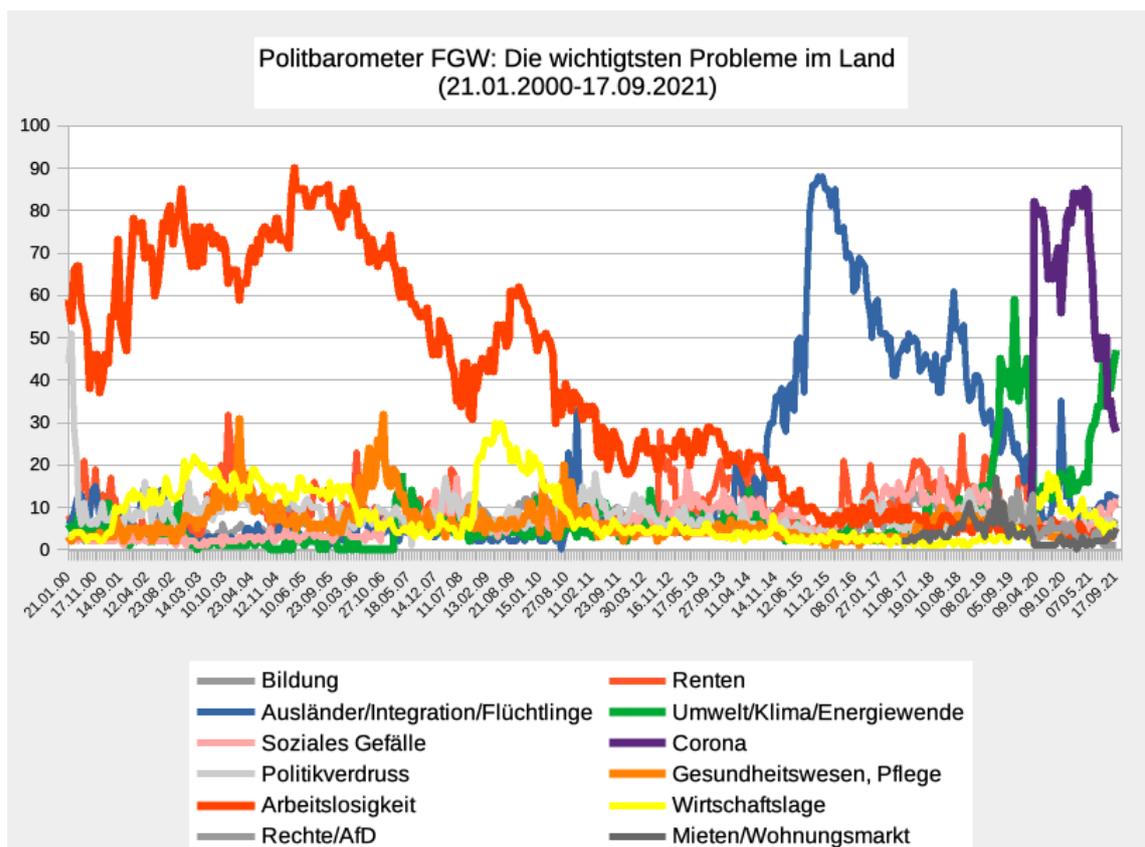
Erkenntnisse aus wiederkehrenden Befragungen



(3) Zwei übergreifende Kennzeichen dieser pluralisierten Gesellschaft sind eine allgemein positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und das Fehlen eines über längere Zeit dominierenden allgemeinen »Problems«. Die »lange Reihe« des ZDF-Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen zeigt eine anhaltend positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, in den letzten sieben, acht Jahren sehen das stabil zwei Drittel der Befragten so. Als »schlecht« wird sie seit 1996 selten von mehr als

einem Zehntel (maximal 12%) der Befragten bewertet. Gleichzeitig fallen nach 2013 die Urteile über die persönliche und die allgemeine wirtschaftliche Lage nicht mehr so stark auseinander wie in den Jahren davor. Selbst in den Zeiten der größten Arbeitsmarktkrise Anfang der 2000er Jahre beurteilte die Hälfte der Bevölkerung die eigene Lage als gut, jeder achte als »schlecht« und etwa zwei von fünf mit »teils-teils«.

Gleichzeitig sah in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts eine überwältige Mehrheit in »Arbeitslosigkeit« das wichtigste Problem in Deutschland. Diese Problemsicht änderte sich mit den wachsenden Beschäftigtenzahlen nach der Banken- und Finanzkrise und den positiveren Urteilen über die allgemeine wirtschaftliche Lage. In der zweiten Dekade gab es zunächst kein über mehrere Jahre dominierendes »größtes« Problem mehr, sondern mehrere Probleme konkurrierten gleichauf - man kann sagen: mit der Pluralisierung in der Gesellschaft pluralisierten sich auch die Urteile, was das »wichtigste Problem«. Drei »Problemfelder« ragen seit Mitte der Dekade jeweils für eine begrenzte Zeit heraus: »Ausländer/Integration/Flüchtlinge« (Mitte 2014 - 2018) und »Umwelt/Klima/Energiewende« (2019 und aktuell) sowie »Corona«. Das Klima-»Problem« könnte sich in der Wahrnehmung der Bevölkerung zum dominierenden »Problem« des Landes in der aktuellen Dekade entwickeln. So wie in den Neunziger- und Nuller-Jahren die Zukunft des Landes durchaus kontrovers unter dem wichtigsten Problem »Arbeitslosigkeit« verhandelt wurde, so könnten die politischen Debatten und Kämpfe der zwanziger Jahre unter der Perspektive »Umwelt-Klima-Energie« ausgetragen werden. Dafür spricht, dass der Umbau der Wirtschaft einem irgendwie »grünen« Kapitalismus außer Frage steht.



Eine Befragung von Infratest dimap für ihren DeutschlandTrend ermittelte Anfang September diesen Jahres als das wichtigste oder zweitwichtigste politische Problem »Umwelt/Klima« (33%), vor »Zuwanderung« (22%), »Corona« (18%) und »Soziale Ungerechtigkeit« (16%). Gegenüber der gleichen Befragung im Juli hatten die beiden erst genannten Probleme zugenommen, die beiden anderen an Bedeutung abgenommen.

(4) Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag von BertelsmannStiftung, RBB-Infonachrichtendienst und Süddeutscher Zeitung im Mai 2021 förderte den mehrheitlichen Wunsch der Befragten nach einem Politikwechsel und einem politischen Neustart zu Tage.⁴ Gut vier Monate vor der Bundestagswahl fanden es mehr als 60% der befragten Deutschen »gut«, wenn die Bundesregierung in Berlin wechseln würde. Das sind die höchsten Werte, seit Antworten zu dieser Frage Anfang der 1990er Jahre erstmals erhoben wurden. Lediglich noch jede achte Befragte fände einen Regierungswechsel »nicht gut«. Nur unter den Anhängerinnen der CDU/CSU befand eine relative Mehrheit von 37% (gegenüber 28%), dass ein Regierungswechsel nicht gut wäre. Zwei Drittel der Befragten glauben auch, dass die »meisten Menschen in Deutschland« sich wünschen, dass die kommende Bundesregierung »in vielen Bereichen eine deutlich andere Politik macht«. Sogar die Hälfte der Unions-Anhänger glaubt, dass die meisten Menschen eine andere Politik wollen, zwei Drittel bis drei Viertel der Anhängerinnen und Anhänger von Linkspartei, SPD, Grünen und FDP - und über 90% der AfD-Anhänger. Wenn es um die Richtung des Neustarts geht, stehen heftige Kontroversen ins Haus.

Den Befragten wurde eine Liste von Politikbereichen vorgelegt mit der Bitte, diejenigen zu benennen, »in denen Sie sich eine deutlich andere Politik, einen Neustart wünschen«. Hier ging es bei den Antworten - wie bei der Frage nach dem Regierungswechsel - nicht darum zu ermitteln, was wie anders werden soll, sondern wo und ob etwas anders werden soll. Zwischen 51% und 55% der Befragten nannten die Bereiche »Umwelt- und Klimaschutz«, »Flüchtlingspolitik, Integration«, »Rente«, »Bildung«, »Bekämpfung der Corona-Pandemie« und »Wohnen, Wohnungsmarkt«, knapp die Hälfte auch »Gesundheit«, »Soziales, soziale Absicherung« und »Digitalisierung«. Bei Befragten, die sich selbst als »politisch interessiert« einstufen, lag »Umwelt- und Klimaschutz« mit Abstand vorne, ebenso unter in Westdeutschland lebenden Befragten. Unter Ostdeutschen waren »Flüchtlingspolitik, Integration«, »Bekämpfung der Corona-Pandemie« und »Bildung« die meist genannten Bereiche. Bei den unter 30jährigen standen »Digitalisierung«, »Bildung« und »Umwelt- und Klimaschutz« obenan, bei den über 60jährigen Befragten hingegen »Rente«, »Flüchtlingspolitik, Integration«.

Die Wünsche nach einem »Neustart« variieren in Ost und West, bei Jung und Alt (auch innerhalb der Parteianhängerschaften). Es gibt keinen Politikbereich, der von den Anhängern aller Parteien jeweils unter die vier wichtigsten »gewählt« wurde. Flüchtlingspolitik, Integration und Rente zählten immerhin bei den Anhängern von vier Parteien zu den Bereichen, für die mit am häufigsten ein politischer Neustart gewünscht wurde - wobei von den Parteien teilweise sehr konträre Positionen vertreten werden.

Politikbereiche, in denen von Parteianhängern ein politischer „Neustart“ vor allem gewünscht wird – die vier am häufigsten von mindestens 50% genannten Bereiche						
	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP	AfD
Umwelt- und Klimaschutz		55,9 %	83,6 %			
Flüchtlingspolitik, Integration	63,4 %			51,8 %	59,2 %	89,5 %
Rente	71,7 %	56,0 %			57,8 %	66,7 %
Bildung			63,2 %		51,5 %	
Bekämpfung der Corona-Pandemie		60,8 %				
Wohnen, Wohnungsmarkt	67,2 %		61,0 %			
Gesundheit						53,7 %
Soziales, soziale Absicherung	71,8 %	53,4 %				
Digitalisierung			57,8 %			
Haushalt, Finanzen und Steuern					57,4 %	

Quelle: BertelsmannStiftung

Ein Resümee könnte lauten: In der letzten Jahren der Merkel-Kanzlerschaft hat sich eine Reihe von Problemen angesammelt. Auf etlichen Politikfeldern soll es mehrheitlich kein »Weiter so« geben. Diese Poli-

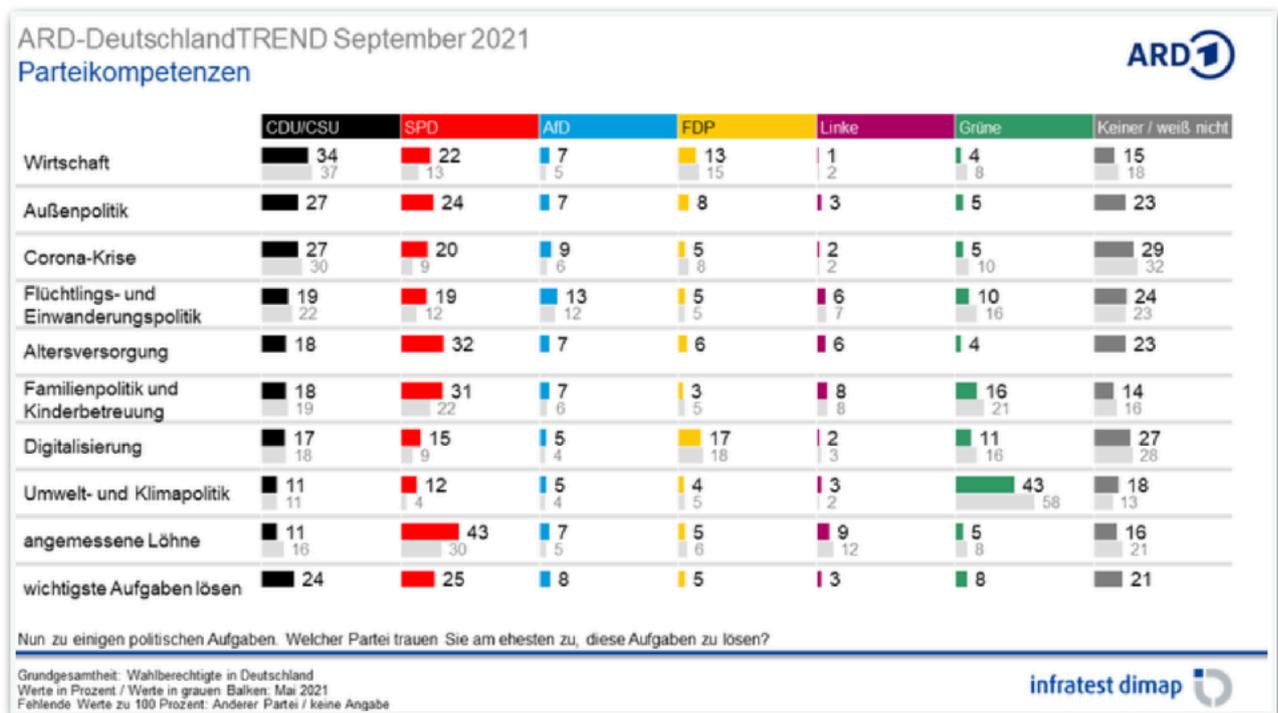
⁴ Eine ausführliche Darstellung und Bewertung der Umfrageergebnisse findet sich hier: <http://www.horstkahrs.de/2021/05/30/der-wunsch-nach-einem-regierungswechsel-und-politischem-neustart-in-einer-umfrage-vom-mai/>

tikbereiche sind zwischen den Parteianhängern indes sehr divers, es gibt keinen dominanten Problembe-
reich. Die Kämpfe gehen mithin um die Bedeutung des Feldes im Verhältnis zu anderen und erst im
zweiten Schritt um die Maßnahmen und Richtungen, die in diesem Feld eingeschlagen werden sollen.
Zudem gibt es Zuordnungen von Feldern zu einzelnen Parteien.

Der Wunsch nach einer politischer Änderung findet vor dem Hintergrund einer verbreiteten optimisti-
schen Einschätzung der eigenen und allgemeinen wirtschaftlichen Lage statt. Das kann einerseits eine
gute Voraussetzung sein, tatsächlich etwas zu ändern, weil wirtschaftliche Sorgen nicht dominieren. Es
kann andererseits Ausgangspunkt für harte Abwehrkämpfe sein, weil man erwartet, bei den Änderungen
eher zu den (wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen) Verlierern zu gehören.

Erkenntnisse aus Vorwahlbefragungen - Parteikompetenzen und wahlentscheidende Themen

Die Kompetenzen, die den Parteien auf den einzelnen Politikfeldern zugewiesen werden, legen ebenfalls
nahe, dass die wichtigen Bereiche umkämpft sind. So erhalten auf dem Gebiet der Flüchtlings- und Ein-
wanderungspolitik verschiedene Parteien relativ hohe Kompetenzwerte. Ähnlich ist es in gesellschafts-
politischen (Gerechtigkeits-)Fragen (Löhne, Familie, Kinder).



Auffällig ist, dass im Gegensatz zu den anderen Parteien der Linkspartei in keinem Bereich von mehr als
10% der Befragten am ehesten die Kompetenz zur Lösung zugeschrieben wird.

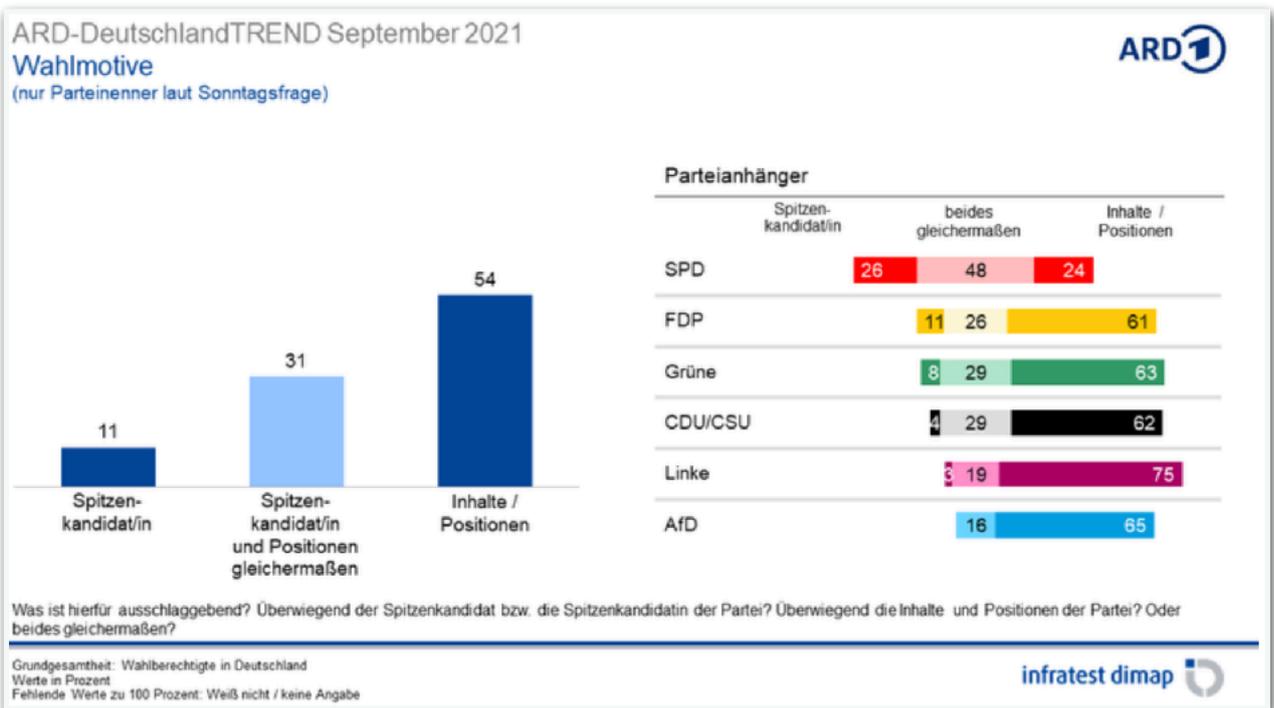
Für die Wahlentscheidung geben nicht notwendig die Themen den Ausschlag, die als die wichtigsten
Probleme im Land angesehen werden. Neben strukturellen, ideologischen Parteibindungen ist bedeut-
sam, was für das eigene Leben, den eigenen Alltag wichtig ist. So stellt die Forschungsgruppe Wahlen
fest:

»Anders als bei der Liste der wichtigsten Probleme in Deutschland, auf der Klimawandel ganz oben steht,
spielt für die eigene Wahlentscheidung bei den meisten Befragten das Thema soziale Gerechtigkeit die größte
Rolle. Als sehr wichtig bezeichnen das 53 Prozent (Sep. I: 51 Prozent), 43 Prozent (39 Prozent) nennen den
Klimaschutz, 25 Prozent (21 Prozent) das Thema Flüchtlinge und Asyl und 22 Prozent (23 Prozent) die Corona-
Pandemie.« (Politbarometer September III, 17.09.2021) » Die Kompetenzen der Parteien bei diesen vier The-
men sind ungleich verteilt: Am besten für soziale Gerechtigkeit kann für 43 Prozent die SPD sorgen und 12
Prozent nennen die CDU/CSU. Beim Klimaschutz liegen die Grünen (41 Prozent) klar vorne, 15 Prozent setzen

hier auf die Union und 12 Prozent auf die SPD. Die meiste Kompetenz in Sachen Corona hat für 36 Prozent die Union und für 12 Prozent die SPD. Beim Thema Flüchtlinge und Asyl macht für 29 Prozent am ehesten die CDU/CSU eine Politik in ihrem Sinn, für 15 Prozent die SPD und für 10 Prozent die AfD. Alle anderen Parteien kommen bei diesen Themen jeweils nur auf einstellige Kompetenzwerte.« (Politbarometer September I, 3.9.2021)

Diese Daten kennzeichnen auch ein zentrales Problem der Linkspartei: Wenn für die Hälfte der Befragten »soziale Gerechtigkeit« ein »sehr wichtiges« Thema bei der Wahlentscheidung ist, der Linken aber nicht einmal ein Zehntel der Befragten Kompetenz auf diesem Feld zubilligt, dann hat eine Partei, die soziale Gerechtigkeit als ihren Markenkern behauptet, ein Problem, welches über ein reines Vermittlungsproblem weit hinausgeht. Möglich, dass in ihren sozialen Forderungen kein übergreifendes Muster einer gerechten Ordnung erkannt wird, möglich, dass ein solches Muster erkannt, aber nur von einer kleinen Minderheit geteilt wird, möglich, dass in entscheidenden Gerechtigkeitsthemen andere Parteien für kompetenter - wirklichkeitsnäher und durchsetzungsfähiger - beurteilt werden.

Ausschlaggebend für die Wahlentscheidung kann auch die Person, können die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten sein. Bei der Frage nach den Wahlmotive, ob Person, Inhalte und Positionen oder beides gleichermaßen den Ausschlag geben würden, werden allein die Werte für die SPD auffällig. Nur ein Viertel der Befragten mit Parteipräferenz für die SPD gab an, dass allein Inhalte den Ausschlag geben würden, für nahezu ebenso viele war es nur die Person. Die SPD-Werte beinhalten mithin einen hohen Scholz-Effekt. Bei FDP, Grünen, CDU und AfD liegt der Anteil derjenigen, die behaupten, wegen der Inhalte die Partei wählen zu wollen, bei knapp zwei Drittel, allein bei der Linken sind es drei Viertel.



Ergebnisse der Wahltagsbefragungen

Die Befragungen am Wahltag lassen sich aufgrund veränderter Fragestellungen nicht direkt mit den Vorwahlbefragungen vergleichen. Das große Bild der Stimmungslagen vor der Wahl ändert sich indes nicht.

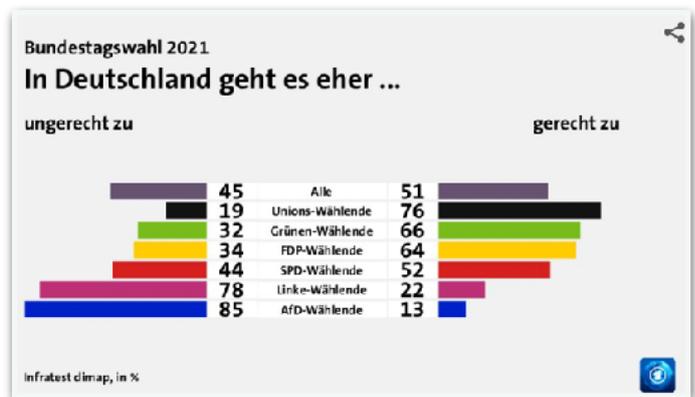
Auf die Frage, worüber sich die Wählenden »große Sorgen« machen, wurden Themen zur Auswahl gestellt, die parteipolitisch grundrierte Felde absteckten: Die Sorge, dass zu viele Fremde nach Deutschland kommen,, verbindet die Anhänger von FDP und AfD, die Sorge vor einem zu großen Einfluss des Islam wird mehrheitlich geteilt von Wählenden der AfD, abgeschwächt von FDP und Union und dann auch von der SPD. Die Sorgen um den Lebensstandard konzentriert sich bei der AfD, ebenso die Sorge vor zu großer Veränderung Deutschlands. Die Sorge vor den Folgen des Klimawandels eint die Anhänger von Linken bis CDU, überwiegt auch noch leicht bei der FDP, aber nicht mehr bei der AfD.

BTW21 Infratest dimap:

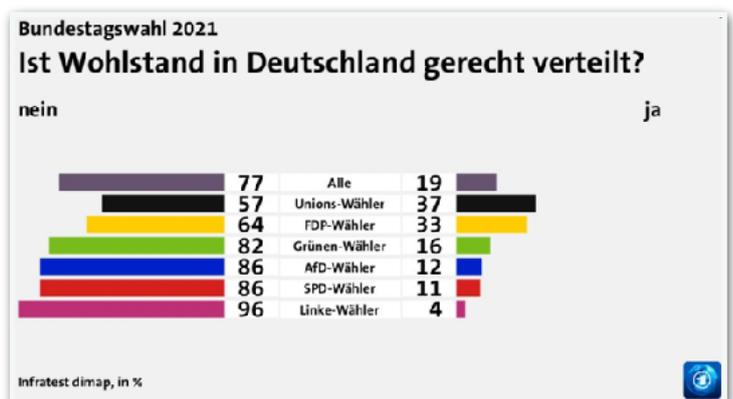
„Ich mache mir große Sorgen, dass ...“

	Alle Befragten	Wählende von					
		LINKE	SPD	GRÜNE	UNION	FDP	AfD
„...zu viele Fremde nach Deutschland kommen.“	42 %	24 %	39 %	7 %	36 %	50 %	91 %
„...der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird.“	54 %	36 %	52 %	20 %	60 %	64 %	90 %
„...ich meinen Lebensstandard nicht mehr halten kann.“	37 %	47 %	36 %	19 %	24 %	37 %	74 %
„...sich unser Leben in Deutschland zu stark verändern wird.“	41 %	37 %	38 %	15 %	31 %	51 %	82 %
„... der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen zerstört.“	68 %	80 %	72 %	95 %	63 %	54 %	40 %

Eine Mehrheit der Wählenden findet, trotz aller Debatten über soziale Spaltung, die wachsende Kluft zwischen arm und reich und die Bedrohung der sozialen Mitte, dass es in Deutschland »eher gerecht« als ungerecht zu geht. Zu mehr als zwei Dritteln sind die Anhänger von Union, Grünen und FDP dieser Auffassung, mit einer leichten Mehrheit auch die Anhänger der SPD. Lediglich die Anhänger von Linkspartei und AfD sehen das radikal anders. Eine zukünftige Bundesregierung, gleich ob unter SPD- oder CDU-Leitung, wäre also eine Regierung, deren Anhängerinnen die bestehende gesellschaftliche Ordnung als »eher gerecht« betrachten. (2013 und 2017 lagen die Gerechtigkeitswerte mit 55% und 58% höher, 2005 und 2009 mit 35% und 38% niedriger.)



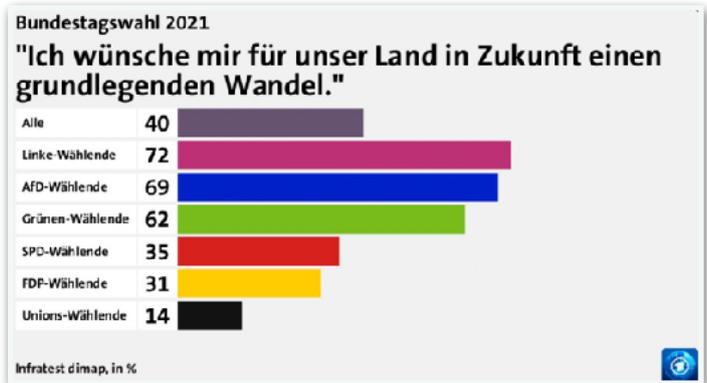
Anders sieht es aus, wenn nach der Verteilung des (wirtschaftlichen) Wohlstandes gefragt wird. Hier urteilen 77% aller Befragten und zwischen 57% der Unionsanhänger und 96% der Linke-Anhängerinnen, dass der Wohlstand nicht gerecht verteilt ist. Wie kann es sein, dass nur 45% aller Befragten (oder 19% der Unions-Anhänger) meinen, dass es in Deutschland alles in al-



lem eher ungerecht zugeht, aber gleichzeitig 77% (und 57% der Unions-Anhänger) urteilen, der Wohlstand sei ungerecht verteilt. Ungerechte Wohlstandsverteilung erschüttert nicht notwendig die Ansicht, dass die gesellschaftliche Ordnung insgesamt gerecht (und damit legitim) ist.

Diese scheinbaren Widersprüche im Alltagsbewusstsein setzen sich fort, wenn gefragt wird, ob man sich für die Zukunft des Landes »einige Kurskorrekturen« (51%), einen »grundlegenden Wandel« (40%) wünsche oder »dass im Wesentlichen alles so bleibt, wie es ist« (6%). Zwar wünschen sich gegenüber 2017 21% mehr einen »grundlegenden Wandel«, doch liegt dieser Wert etwa auf dem Niveau von 1998 und 2009, aber unter dem von 2005.

Aktuell ist der Wunsch nach einem grundlegenden Wandel parteipolitisch höchst gegensätzlich gerichtet: Anhänger der Linken, der Grünen und der AfD wünschen sich das zwei Drittel und mehr, bei den anderen Parteien nur eine Minderheit.



Die Gründe für die Wahlentscheidung sind aber nicht zwingend in diesen Sichtweisen, Sorgen und Wünschen zu finden. So sagen laut Infratest 48% der SPD-Wählerinnen und -Wähler, dass sie ohne Olaf Scholz die SPD nicht gewählt hätten - das entspräche dann ein etwa den Umfragewerten Ende 2020/Anfang 2021 (entsprechende Zahlen für Laschet: 10% der Unions-Stimmen, Baerbock 6% der Grünen-Stimmen).

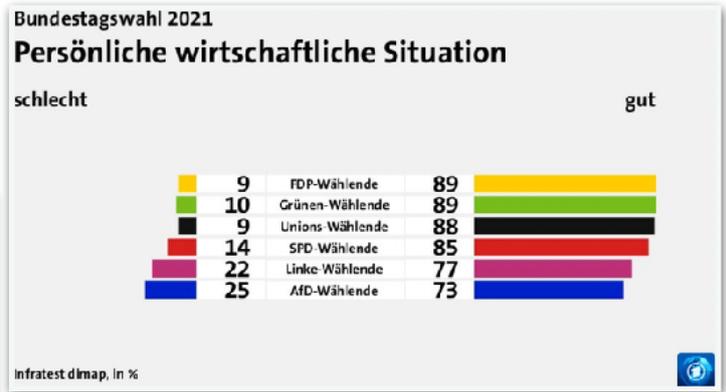
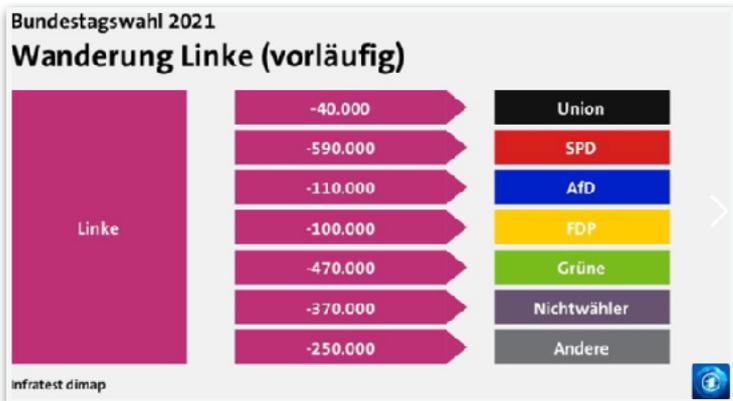
BTW21 Infratest dimap:
„Welches Thema spielte die größte Rolle bei meiner Wahlentscheidung?“

	Alle Befragten	Wählende von					
		LINKE	SPD	GRÜNE	UNION	FDP	AfD
Umwelt und Klima	22 %	32 %	18 %	82 %	8 %	11 %	2 %
Wirtschaft und Arbeit	22 %	12 %	20 %	2 %	43 %	34 %	11 %
Soziale Sicherheit	28 %	39 %	44 %	10 %	21 %	19 %	17 %
Zuwanderung							40 %
Umgang mit Corona	6 %						18 %
Steuern, Finanzen			5 %			20 %	
Europa, internationale Politik					9 %		
Anderes (eig. Berechnung)	22 %	17 %	13 %	6 %	19 %	16 %	12 %

kursiv: nicht für alle Parteien ausgewiesen

BTW21 Infratest dimap:
Zugewiesene Kompetenzen der Parteien (+/- zu 2017)

	LINKE	SPD	GRÜNE	UNION	FDP	AfD
Asyl- und Flüchtlingspolitik			14% (+7%)	23% (-15%)		14% (+6%)
Kriminalitätsbekämpfung				35% (-15%)		13% (+4%)
Soziale Gerechtigkeit	11% (-5%)	40% (+2%)				
Angemessene Löhne	9% (-5%)	44% (+3%)				
Altersversorgung	7% (-3%)	36% (+4%)		20% (-10%)	7% (+4%)	
Umwelt- und Klimapolitik			48% (-8%)			
Gesundheitspolitik		33% (+0%)	9% (+3%)	24% (-8%)		
Familienpolitik		32% (-6%)	19% (+12%)			
Wirtschaft				32% (-25%)	16% (+7%)	
Steuerpolitik		31% (+8%)		21% (-14%)	14% (+5%)	
Außenpolitik				32% (-17%)	8% (+4%)	



Kleine Aussicht

Schon kurz nach einer Regierungsbildung werden politische Themen und Felder von der neuen Regierung zu bearbeiten sein, die im Wahlkampf eher in die Rolle des Elefanten im Raum verbannt worden waren:

- Flucht und Migration: Die Zuwanderung von (Fach-)Arbeitskräften, ihre Integration und ihr Rechtsstatus drängen angesichts der Altersstruktur der ansässigen Erwerbsbevölkerung, der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt und der ungelösten Flüchtlingspolitik auf die politische Tagesordnung.
- Demokratie als Lebensweise: Die Verrohung des politischen Alltags, die Bedrohung von Kommunalpolitikerinnen und -politikern bis hin zu Mordaufrufen und -anschlägen gefährden die demokratische Konfliktaustragung in der Gesellschaft und fördern, zusammen mit identitären Kommunikationsblasen, die wechselseitige Ausschliessung statt Kompromissfindung. Der deliberative, demokratische Grundsatz, dass auch die andere Seite recht haben könnte, wird zunehmend seltener geteilt, die Basis einer demokratischen Auseinandersetzung, die Anerkennung einer gemeinsamen Wirklichkeit, verlassen.
- Zukunft der Alterssicherung und Finanzierung Sozialstaats: Der Eintritt der »Babyboomer«-Generation in die Rente hat gerade erst begonnen. In Verbindung mit der weiteren Digitalisierung der Arbeitswelt einerseits und der Klimapolitik andererseits werden sich die Konflikte auf der Zeitachse »für heute - für übermorgen« zuspitzen, anders ausgedrückt: es werden in den kommenden zehn Jahren immer mehr Bürgerinnen und Bürger für politische Vorhaben gewonnen werden müssen, deren Früchte sie nicht mehr erleben werden (können).
- Europa und die EU als Handlungsrahmen: Es ist eigentlich unstrittig, dass zentrale Aufgaben wie Flucht und Migration, Energie- und Klimapolitik und öffentliche (digitale) Infrastruktur nur im europäischen Kontext bewältigt werden können. Zentrale Themen in der Weiterentwicklung der Europäischen Union - Stichworte: Investitionsgemeinschaft, Transferunion, europäische Tarifpolitik usw. - wurden im Wahlkampf gemieden.
- Deutsche Außenpolitik: Die Debatte um die Lehren aus dem Afghanistan-Krieg der NATO (mit UN-Mandat) unter deutscher Beteiligung wurde vertagt, obwohl offensichtlich ist, dass die USA ihre unter Obama eingeleitete und unter Trump forcierte, geänderte Haltung zur NATO auch unter dem neuen Präsidenten Biden beibehalten werden. Was bedeutet das für die Rolle Deutschlands in der Welt, für europäische strategische Außenpolitik. Bundespräsident Steinmeier erinnerte die deutsche Politik mit seiner Rede vor der UNO-Vollversammlung gerade daran.

Wahlverhalten und soziale Merkmale

Wahlverhalten nach Berufsgruppen und Berufsstatus							
<i>Daten und Kategorien Infratest dimap</i>							
	LINKE	SPD	GRÜNE	UNION	FDP	AfD	Sonstige
Erwerbstätige Arbeiter							
2005	12	37	5	30	8	0	8
2009	18	24	7	28	13	0	10
2013	13	27	5	35	3	6	11
2017	10	23	5	25	8	21	8
2021	5	26	8	19	9	21	12
Erwerbstätige Angestellte							
2005	7	36	11	32	11	0	3
2009	11	21	14	33	16	0	5
2013	8	26	11	39	5	5	6
2017	9	20	11	31	11	12	6
2021	5	24	17	19	13	11	11
Arbeitslose							
2005	24	31	6	23	8	0	8
2009	25	23	9	22	10	0	11
2013	23	26	8	24	4	3	12
2017	11	23	7	20	6	21	12
2021	12	23	17	14	8	17	9
Rentner							
2005	8	36	4	42	9	0	1
2009	12	29	5	40	13	0	1
2013	8	28	4	49	5	4	2
2017	8	24	6	41	9	11	1
2021	4	34	9	34	7	7	5

BTW21: Wahlverhalten nach Alter							
	LINKE	SPD	GRÜNE	UNION	FDP	AfD	Sonstige
Unter 30	8 %	17 %	22 %	11 %	20 %	8 %	14 %
30 – 44	5 %	19 %	18 %	19 %	13 %	13 %	13 %
45 – 59	4 %	27 %	15 %	24 %	12 %	12 %	6 %
60 u-ält.	4 %	35 %	9 %	34 %	8 %	7 %	3 %

Forschungsgruppe Wahlen, 27.9., 00:13

Wahlverhalten nach Bildungsabschluss							
Daten der Forschungsgruppe Wahlen							
	LINKE	SPD	GRÜNE	UNION	FDP	AfD	Sonstige
Hauptschule							
2002	2	44	4	41	6		3
2005	5	38	5	38	8		6
2009	11	28	5	37	13		6
2013	7	30	4	46	3	3	7
2017	6	28	4	37	7	14	4
2021	2	36	5	31	8	12	6
Mittlere Reife							
2002	5	37	7	39	8		4
2005	10	33	7	35	10		5
2009	14	21	9	34	15		7
2013	10	25	6	43	4	6	6
2017	9	19	6	34	10	17	6
2021	4	26	9	25	11	14	11
Hochschulreife							
2002	4	38	13	34	9		2
2005	9	34	13	31	11		2
2009	11	21	16	30	16		6
2013	8	24	12	39	5	5	7
2017	11	18	11	31	13	10	7
2021	6	23	19	20	14	8	10
Hochschule, Uni							
2002	7	30	18	34	9		2
2005	10	29	15	33	12		1
2009	10	20	18	31	15		6
2013	9	23	15	37	7	5	4
2017	11	16	17	30	15	7	4
2021	7	21	26	20	15	4	7

Sozialstrukturelle Aspekte zum Wahlverhalten

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

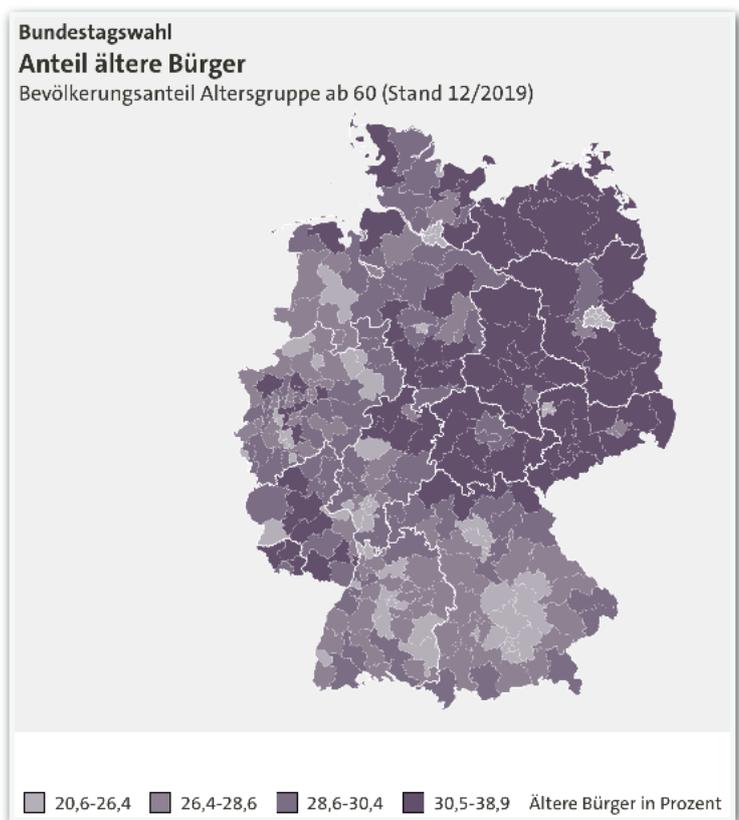
Zur Wahl der 20. Deutschen Bundestages sind rund 60,4 Mio. Bürgerinnen und Bürger aufgerufen. Hierbei handelt es sich um knapp 73% der insgesamt 83,1 Mio. Einwohner des Landes. Nicht wahlberechtigt sind rund 13,7 Mio. Kinder und Jugendliche im Alter von unter 18 Jahren. Ebenfalls nicht wahlberechtigt sind. Ebenfalls von der Wahl ausgeschlossen sind gut 8,8 Mio. erwachsene Einwohner ohne deutsche Staatsangehörigkeit (12,8% aller Volljährigen), also etwa jeder achte Erwachsene. Allein mehr als 4,3 Mio. Tragen im Rahmen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zum Wohlstand im Land und die Finanzierung des Sozialstaates durch ihre Arbeit, Steuern und Sozialabgaben bei. Betrachtet man allein die Einwohnerschaft im erwerbsfähigen Alter von 18-60 Jahren, so sind unter den 18-30jährigen und unter den 30-45jährigen jeweils fast 20%, also jeder Fünfte, von der Wahl ausgeschlossen, bei den 45-60jährigen sind es noch 12%. Bei den 60-80jährigen sind es immerhin noch gut 6%.⁵

BTW21: Altersstruktur der Wahlberechtigten	
18 – unter 30 Jahre	14,7 %
30 – unter 45 Jahre	21,1 %
45 – unter 60 Jahre	26,7 %
60 – unter 70 Jahre	16,6 %
70 – unter 80 Jahre	11,5 %
80 u.mehr	9,5 %

Die Altersstruktur der wahlberechtigten deutschen Staatsangehörigen verschafft den eingetübten Deutungen gesellschaftlicher Entwicklungen einen Vorteil: 37,6% der Wahlberechtigten sind 60 Jahre und älter, 21% 70 Jahre und älter. Diese Älteren stellen den gleichen Anteil an Wählerinnen und Wählern wie die 30 bis unter 45jährigen und deutlich mehr als die jüngste Altersgruppe. Unter dem Aspekt der biografischen Lebenszyklen zählen etwa 15% zu denjenigen, die sich noch in

Ausbildung, Studium, Berufswahl finden, die ihren Platz in Gesellschaft und Arbeitswelt suchen und einnehmen wollen und auf besondere Weise mobil sind. Die damit verbundene soziale und räumliche Mobilität und Flexibilität erklären zum größeren Teil, warum sie sich diese Altersgruppe traditionell unterdurchschnittlich an Wahlen beteiligt, die Wahlbeteiligung mit zunehmenden Alter dann aber steigt.

Jüngere Wählerinnen und Wähler neigen überdurchschnittlich dazu, junge, themenspezifisch orientierte Parteien zu wählen, ältere wiederum halten in viel stärkerem Maße an ideologische, persönlichen Parteibindungen fest. CDU, SPD und Linkspartei verzeichnen traditionell überdurchschnittlichen Zuspruch von älteren Bürgerinnen und Bürger. Neben solchen Alterskohorteneffekten spielt auch die Lebenszyklusphase eine Rolle. Die psychologische Bedeutung stabiler



⁵ Zahlenangaben zu Bevölkerung, Alter und Staatsangehörigkeit nach: Statistisches Bundesamt, Stichtag 31.12.2020 - www.destatis.de. Die Grafik »Anteil ältere Bürger« kopiert aus <https://www.tagesschau.de/inland/btw21/sozialstrukturdaten-wahlkreise-101.html>

Lebensverhältnisse und Institutionen wächst mit zunehmenden Alter wieder. Eine naheliegende sozialpsychologische Kehrseite: Wer 30, 40 Jahre den ersten Bericht an den »Club of Rome« und die nachfolgenden Studien nicht ernst genommen und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und gegen die Erderwärmung für unnötig gehalten hat, der wird nun schwer davon zu überzeugen sein, dass er im Irrtum war...

Klassenwahlverhalten

In der Wahlbeteiligung zeigen sich große Unterschiede: Je mehr Menschen mit einem höheren Einkommen, sicheren Arbeitsplätzen und deutschem Pass in einem Wahlbezirk wohnen, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Und umgekehrt: Je höher die Quote der Arbeitslosen und der HartzIV-Bezieherinnen, der Niedriglöhnerinnen und Migranten, desto niedriger ist die Wahlbeteiligung. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Arbeitsloser wählen geht, ist höher, wenn er in einem Wahlbezirk wie dem ersten wohnt, deutlich niedriger, wenn er in einem Viertel wie dem zweiten wohnt. Wahlbeteiligung hat, dass haben Forschungen unter anderem von Armin Schäfer und der BertelsmannStiftung (»Prekäre Wahlen«, 2017) gezeigt, eine starke sozialräumliche Abhängigkeit: Wer in einem Viertel wohnt, in dem viele Menschen wohnen, die sich nicht an der Wahl beteiligen (dürfen), und/oder die sich in einer ähnlichen Lebenssituation befinden, findet sich schnell in einer Alltagssituation wieder, in der »Wählen-Gehen« keine soziale Norm mehr ist, sondern eher der Rechtfertigung bedarf, in der sich die Alltagswirklichkeit von Staatsbürgern nicht relevant von derjenigen von Nicht-Staatsbürgern unterscheidet und an der mit dem »Wählern-Gehen« keine Hoffnung verbunden ist, dass es dadurch besser werden könnte. Weil in vielen größeren Städten in einzelnen Vierteln die soziale Mischung von Bildung, Berufen, Einkommen und Herkunft abnimmt und sich die sozialen Lagen immer weiter homogenisieren, entstehen wieder unterschiedliche Problemviertel und »soziale Brennpunkte«: »Oberstädte« und »Unterstädte«.

Ein weiterer Aspekt des Klassenwahlverhaltens, der auch mit der Wohnlage zusammenhängt, zugleich aber aus Erfahrungen in der Arbeitswelt sich speist, ist die deutlich niedrigere Wahlbeteiligung von Erwerbstätigen in Produktions- und Dienstleistungsberufen mit einer beruflichen Fachausbildung bzw. an- und ungelernten Berufen. Hierzu wurde in verschiedenen Wahlberichtern seit den Wahlerfolgen der AfD bereits argumentiert und dem Eindruck widersprochen, bei der AfD handele es sich um eine »neue Arbeiterpartei«. ⁶ Tatsächlich, darauf hat kürzlich nochmals Floris Biskamp anhand von Daten des European Social Survey aufmerksam gemacht, ist unter Arbeiter und Arbeiterinnen die Wahlenthaltung, die Abwendung vom politischen System, die stärkste »Partei«. ⁷

Die Abbildung auf der nächsten Seite zeigt oben das abgefragte Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 innerhalb der acht Berufsklassen. Die untere Grafik zeigt auch die Größe der einzelnen Berufsklassen. Hier zeichnet sich ab, dass die weit überwiegende Mehrheit der Nichtwählenden zu den Produktions- und Dienstleistungsarbeiter und -arbeiterinnen zählt.

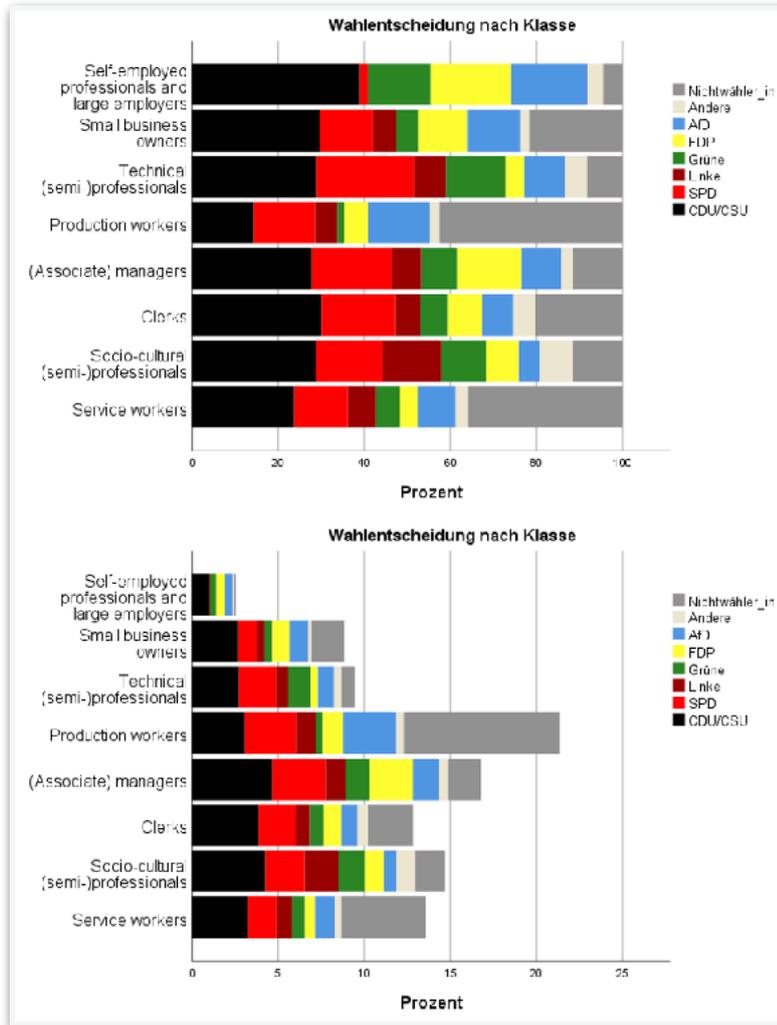
Der Ausschluss nichtdeutscher Kolleginnen und Kollegen im Betrieb spielt hierbei vermutlich eine die Wahlenthaltung noch fördernde Rolle. Zählt man unter die Kategorie »Arbeiter« alle Beschäftigten, die als »Fachkraft« (berufliche Ausbildung) oder »Helfer« (un- und angelernte Tätigkeit) sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, dann beträgt der Anteil der nicht wahlberechtigten Arbeiterinnen und Arbeiter in der Produktionsberufen 16,0%, in den wirtschaftsnahen Dienstleistungsberufen 26,3% und in den personennahen Dienstleistungsberufen 15,3%. Der Ausländeranteil in den reinen »Helfer«-Berufen liegt jeweils bei rund einem Drittel liegt. ⁸ Mit anderen Worten: Ein erheblicher Teil der an der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion beteiligten Angehörigen der »arbeitenden Klassen« darf sich an der Wahl nicht

⁶ Ein Zwischenfazit Ende 20219 hier: <http://www.horstkahrs.de/2021/09/23/aufstieg-der-rechtsradikalen-schwaecher-linken-und-die-kultur-der-arbeitenden-klassen/>

Vgl. auch Klaus Dörre: In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Münster 2021.

⁷ Floris Biskamp: Die Arbeiter_innen, der Autoritarismus und die AfD. Einige Daten aus Runde 9 des European Social Survey. https://florisbiskamp.com/2020/02/02/die-arbeiter_innen-der-autoritarismus-und-die-afd/

⁸ Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag 31.12.2020.



beteiligen. Zusammen mit der hohen Wahlenthaltung unter dem »deutschen Teil« der arbeitenden Klassen führt dies dazu, dass ein großer Teil der Lebensrealität in den Produktions- und Dienstleistungsberufen im politischen System nur sehr schwer Gehör findet. Welche Auswirkungen dies auf die Auswahl der politisch verhandelten Themen und die Entscheidungen dazu hat, haben für Deutschland Lea Elsässer, Svenja Hense und Armin Schäfer ausführlich für die letzten 30 Jahre gezeigt:⁹ Themen, die den unteren Einkommensklassen und Menschen mit »einfacher« Qualifikation unter den Nägeln brennen, kommen seltener auf die politische Tagesordnung und die politischen Entscheidungen sind meist weit entfernt von ihren politischen Präferenzen.

In den zurückliegenden acht Jahren, von Ende 2013 bis Ende 2020 kamen gut 3,8 Mio. sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitarbeitskräfte hinzu, ein Plus von 12,8% auf rund 33,1 Mio. Beschäftigte. Der Anteil der ausländischen Beschäftigten an diesem Zuwachs betrug 51,8%.

Hinter diesen Zahlen verbirgt sich eine widersprüchliche Dynamik von Wachstum und Schrumpfung, die zu unterschiedlichen sozialen Erfahrungen führt und führen kann. Beispiele sind hier etwa: Die Beschäftigung von Männern und Frauen mit Berufen der Metallerzeugung und -bearbeitung ging insgesamt um 8,4% zurück - allerdings nahm dabei die Beschäftigung deutscher Staatsangehöriger weit stärker ab und nur diejenige ausländischer stieg an. Die Zahl der Beschäftigten mit Hochbau-Berufen nahm um 25,6% zu - ausschließlich durch nichtdeutsche Beschäftigte gedeckt. Ähnlich sind die Zahlen für nahezu alle Bauberufe. Eine besonderen Anstieg erlebten die Informatik- und Kommunikationstechnikberufe (+41,6%), hier lag der Anteil ausländischer Beschäftigter am Zuwachs indes nur bei 22,8%. Mit dem Aufstieg der IT-Berufe ging ein Abstieg der Bankkaufleute einher, ein Rückgang von fast 14%. Stark expandierende Berufe mit einem hohen Anteil von Ausländern am Zuwachs waren die Fahrzeugführer-Berufe und die Sicherheitsberufe (Objektschutz). Einen überdurchschnittlichen Anstieg verzeichneten neben den medizinischen Gesundheitsberufen (+18,9%) auch die nichtmedizinischen Gesundheitsberufe wie die Altenpflege (+29,3%), wobei der Anteil nichtdeutscher Beschäftigter am Zuwachs leicht unter dem Durchschnitt lag. Zu den Facetten der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung gehört schließlich auch noch der Aufwuchs in den Berufen der Werbung, des Marketings (+19,2%) und der Öffentlichkeitsarbeit (+49,9%).

Hinter einem Anstieg der Beschäftigtenzahl verbergen sich mithin recht unterschiedliche soziale Laufbahnen von Berufen. Wer in einem expandierenden Beruf tätig ist, mag anders auf die gesellschaftliche

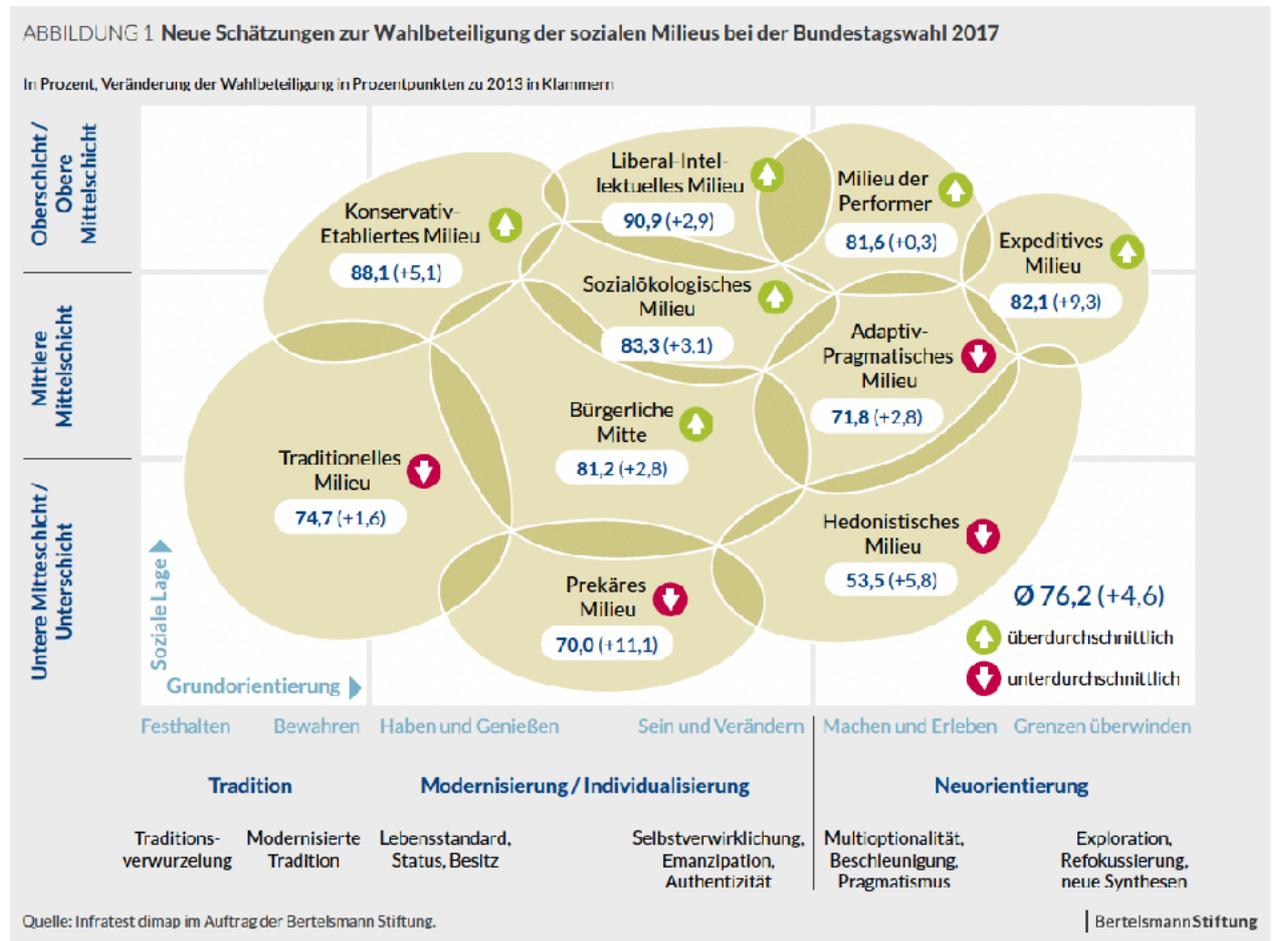
⁹ Elsässer, Lea/Hense, Svenja/Schäfer, Armin: »Dem deuten Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestages; in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, S. 161-180.

Entwicklung, die eigenen Möglichkeiten und die Zukunft schauen als jemand, dessen Beruf immer weniger gefragt ist. In manchen Berufen und Wirtschaftszweigen spielt die Beschäftigung von nichtwahlberechtigten Arbeitskräften eine durchaus zentrale Rolle. Für gesellschaftspolitische Ansätze, die auf einen egalitären, demokratischen Sozialstaat setzen, ist das ein Problem: Durch die Kopplung von fehlendem Wahlrecht und überdurchschnittlicher Wahlenthaltung in den »arbeitenden Klassen« entsteht eine größer werdende Repräsentationslücke.

Die Zahl und die relative Bedeutung der Beschäftigten ohne deutschen Pass und damit ohne Wahlrecht wird mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter steigen. Mitten im Wahlkampf wies der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, daraufhin, dass jährlich die Zuwanderung von 400.000 (Fach-)Arbeitskräften erforderlich sei. Eine politische Debatte zu Migrationsfragen fand indes im Wahlkampf nicht statt.

Anhang

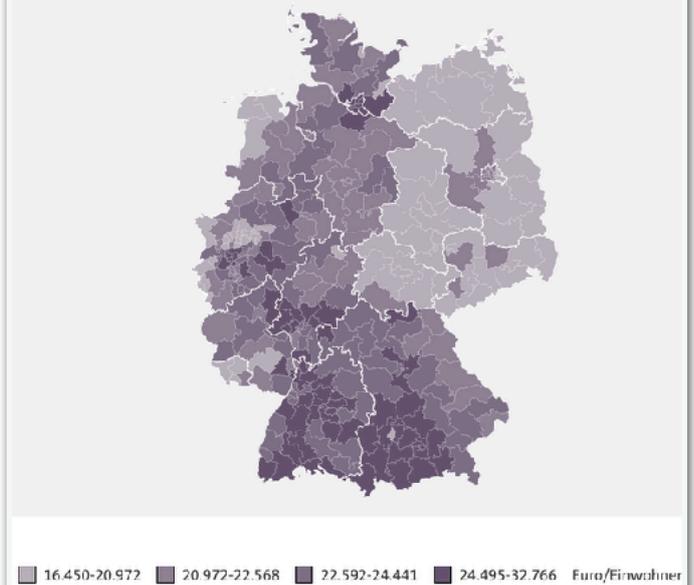
Wahlbeteiligung nach SINUS-Milieus (Quelle: BertelsmannStiftung)



Bundestagswahl
Arbeitslosenquote
in Prozent (Stand: 02/2021)



Bundestagswahl
Verfügbares Einkommen
Einkommen der privaten Haushalte 2018 (EUR je Einwohner)



<https://www.tagesschau.de/inland/btw21/sozialstrukturdaten-wahlkreise-101.html>